

# STAATSARCHIV HAMBURG

31.4-15 Oberfinanzpräsident  
Abl. 1998.

F 1

Bescheidsakte

Oberfinanzdirektion Hamburg

- O 1488 - BV 33/333

Hamburg 13, den

Hartungstrasse 5

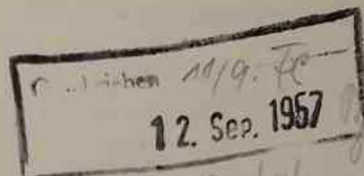
Telefon: 44 12 91, app 32

12. Sept. 1957

F 1

7/11

2) An die  
United Restitution Organization,  
Hammann - Klesfeld  
Karl-Liebknecht-Str. 23



Betr.: Rückerstattungssache Martin Teltow  
Im Zeichen Wx/F/8

Anl. : 3

Beiliegend übersende ich Ihnen einen Fragebogen in doppelter Ausfertigung für jeden Berechtigten nebst Begleitschreiben mit der Bitte um weitere Veranlassung.

Ich bitte, dafür Sorge zu tragen, dass die Fragebogen in jedem Falle von den Berechtigten unterschrieben werden, da es nicht ausgeschlossen ist, dass ein Berechtigter in verschiedenen Rückerstattungsverfahren oder auch im Entschädigungsverfahren mehrere Bevollmächtigte bestellt hat. Ein Fragebogen ist jeweils für den Berechtigten bzw. für Ihre Akten bestimmt.

Da sich aus meinen Unterlagen nicht ergibt, dass Ihre Vollmacht auch das Bescheidsverfahren umfasst, bitte ich, mir eine entsprechende Vollmacht nachzureichen, andernfalls die Unterlagen an mich zurückzusenden.

Des weiteren bitte ich darauf zu achten, dass die derzeitige genaue Anschrift sowie das Geburtsdatum der von Ihnen vertretenen Berechtigten im Fragebogen vermerkt sind.

2) Nr

Im Auftrag

( Polack )  
Finanzassessor

United Restitution Organization

Zweigbüro: Hannover-Kleefeld

Kronenstr. 23 · Telefon 50256

Telegraphische Adresse: UROCLAIMS

UK/F/8

**Einschreiben**

Hannover, den 19. August 1957

Dr.Bl./Sa

An die

Oberfinanzdirektion

H a m b u r g 13

Magdalenenstrasse 64 a

- F 1 - BV 41 -

Betr.: Rückerstattungssache Martin Fabian, Flat 1,  
22 North Villas, London N.W. 1.

Wir beziehen uns auf die nachfolgend aufgeführten  
rechtskräftigen Beschlüsse

- 1.) wegen Entziehung von Hausrat RM 10.000,-- durch Beschluss  
der 1. Wiedergutmachungskammer Hamburg vom 9.10.51,
- 2.) wegen Entziehung von Silber- und Schmucksachen RM 1.417,50  
durch Beschluss der 1. Wiedergutmachungskammer Hamburg  
vom 8.1.53,
- 3.) wegen Entziehung von Bankkonten über RM 5.115,16  
durch Beschluss der 1. Wiedergutmachungskammer Hamburg  
vom 9.10.51,
- 4.) wegen Entziehung von Transportkosten RM 1.074,20  
durch Beschluss des Wiedergutmachungsamtes Hamburg vom  
9.6.51.

Wir bitten, auf Grund des Bundesrückerstattungsgesetzes den  
Anspruch gegen das Deutsche Reich festzustellen, mit uns  
zu korrespondieren und alle Zahlungen auf das Anderkonto  
der URO 62073/15 bei der Dresdner Bank AG. in Hannover, Rathenau-  
platz 4, zu leisten.

*1/Dr 733 20K per Dr. Bl.*  
*2/1.11.53*  
*Dr. W. Blumberg*  
(Dr.W.Blumberg)

UK/F/8

**United Restitution Organization**

Zweigbüro: Hannover-Kleef Hannover, den 4. November 1957  
Kaulbachstr. 23 · Telefon 50; Tae.  
Telegramm-Adresse: UROCLAIMS

An die  
Oberfinanzdirektion

H a m b u r g

Zu: - O 1488 - F 1 - BV 33/333 -

Betr.: Rückerstattungssache Martin Fabian ./.. Dt. Reich

/ In der Anlage überreichen wir Ihnen den ausgefüllten und vom Antragsteller unterzeichneten Fragebogen vom 15.10.1957 mit der Bitte um beschleunigte Durchführung des Bescheidsverfahrens.

Anlage

*W. Blumberg*  
(Dr. W. Blumberg)



# Fragebogen

Az.: - O 1488 - F 1 - BV 33/333 -

OFD: H a m b u r g

## 1) Personalangaben des Berechtigten:

Name und Vorname:  
(bei Frauen auch Geburtsname)

F a b i a n, Martin

Geburtsdatum und Geburtsort:

1.5.1889 in Berlin

jetzige Anschrift:

Flat 1,22 North Villas  
L o n d o n, N.W.1

letzter Wohnort (ständiger Aufenthalt) in Deutschland vor der Auswanderung:

Hamburg, Steindamm 102

bei Minderjährigen Name und Anschrift des gesetzlichen Vertreters:

## 2) Personalangaben des Verfolgtten:

(nur auszufüllen, wenn Berechtigter nicht personengleich mit dem Verfolgten ist.)

Name und Vorname:  
(bei Frauen auch Geburtsname)

Geburtsdatum und Geburtsort:

Wohnort (ständiger Aufenthalt) in Deutschland vor der Auswanderung oder Deportation:

## 3) (von der OFD auszufüllen)\*): Bezeichnung der Beschlüsse und Vergleiche, auf Grund deren in einem Rückerstattungsverfahren eine Zahlungsverpflichtung

1. des Deutschen Reichs (einschließlich der Sondervermögen Deutsche Reichsbahn und Deutsche Reichspost),

### Beschlüsse:

- a) des Wiedergutmachungsamts beim Landgericht Hamburg vom 9.6.1951 - Az: II/Z 3474 -4-  
Passageguthaben
- b) des Landgerichts Hamburg, 1. Wiedergutmachungskammer, vom 9.10.1951 - Az: 1 Wik 800/51 -  
Bankguthaben II/Z 3474 -2-
- c) vom 9.10.1951 - Az: 1 Wik 677/51 - II/Z 3474  
H a u s r a t
- d) vom 8.1.1953 - Az: 1 Wik 678/51 - Z 3474 -3-  
Schmuck etc.

\*) Aufzunehmen sind alle der OFD bekannten Beschlüsse und Vergleiche ohne Rücksicht darauf, ob der einzelne Anspruch dem zu Ziffer 1) genannten Berechtigten allein oder gemeinsam mit anderen Berechtigten zusteht.

2. des ehemaligen Landes  
Preußen,

3. der ehemaligen National-  
sozialistischen Deutschen  
Arbeiterpartei (NSDAP),  
deren Gliederungen, deren  
angeschlossenen Verbände  
und der sonstigen aufge-  
lösten NS-Einrichtungen,

4. der Reichsvereinigung der  
Juden in Deutschland und  
des Auswanderungsfonds  
Böhmen und Mähren

festgestellt worden ist.

X 4) Liegen weitere Beschlüsse  
oder Vergleiche vor, nach  
denen Ihnen allein oder ge-  
meinsam mit anderen Berech-  
tigten rückerstattungsrecht-  
liche Geldansprüche gegen  
einen der in Ziffer 3) ge-  
nannten Rechtsträger zu-  
stehen?

(Anzugeben ist die Rückerstattungs-  
behörde, Datum und Aktenzeichen  
des Beschlusses oder des Vergleichs)

nein

X weitere 5) Haben Sie allein oder gemein-  
sam mit anderen Berechtigten  
rückerstattungsrechtliche  
Geldansprüche gegen einen  
der in Ziffer 3) genannten  
Rechtsträger geltend  
gemacht?

(Angabe der Rückerstattungsbe-  
hörde und des Aktenzeichens)

nein

X 6) Welche von den in Ziffer 3)  
bis 5) genannten rückerstat-  
tungsrechtlichen Geldan-  
sprüchen sind ganz oder teil-  
weise abgetreten, verpfändet  
oder gepfändet worden?

keine

Gfs. ist anzugeben

a) in welcher Höhe,

b) Name und Anschrift des  
Abtretungsempfängers  
oder Pfandgläubigers.

7) Auf welche von den in Ziffer  
3) bis 5) genannten rücker-  
stattungsrechtlichen Geldan-  
sprüchen haben Sie bereits  
Leistungen oder Darlehen er-  
halten?

Gfs. ist anzugeben

a) von welcher Stelle,

b) in welcher Höhe.

8) Haben Sie Entschädigungs-  
ansprüche angemeldet?

(Anzugeben sind sämtliche Entschä-  
digungsansprüche mit Ausnahme  
der für Schaden an Leben, an  
Körper oder Gesundheit oder an  
Freiheit)

Gfs. ist anzugeben, bei wel-  
cher Entschädigungsbehörde  
und unter welchem Akten-  
zeichen.

9) Haben Sie einen Bevollmäch-  
tigten für das im Bundes-  
rückerstattungsgesetz für die  
Befriedigungsrückerstattungs-  
rechtlicher Geldansprüche  
vorgesehene Verfahren be-  
stellt?

Gfs. ist Name und Anschrift  
des Bevollmächtigten anzu-  
geben.

Hausrat

Oberfinanzdirektion Hamburg  
10.000,-- DM

ja  
a) Vermögen erhalten: betreffend Wohnung einrichtung,  
Gartenbecken, für Hausklima, Kofel,  
für den Vermögens abgabe, Nutzungs-  
abgabe an falls der Kontobank, feldh-  
stellen.

b) Berufssachen:

c) Sachen an Lebensversicherung.

Sozial Behörde Hamburg  
0105 89/5

United Restitution Organization, Hannover, Kaulbachstr. 23.

Mein Bevollmächtigter ist ermächtigt, alle Rechtsge-  
schäfte und Rechtshandlungen vorzunehmen, die ich selbst  
vornehmen könnte, insbesondere darf er Vergleiche abschlies-  
sen, Rechtsmittel einlegen und zurücknehmen, Darlehnsanträ-  
ge stellen, Darlehnsverträge unterzeichnen. Die Vollmacht  
gilt auch für das Bescheidsverfahren gemäss Bundesrücker-  
stattungsgesetz. Mein Bevollmächtigter ist berechtigt, die  
ihm erteilte Vollmacht ganz oder teilweise auf einen Drit-  
ten zu übertragen. Mein Bevollmächtigter ist von den Be-  
schränkungen des § 181 BGB befreit und berechtigt, Gelder  
für mich in Empfang zu nehmen.

10) An welche Stelle sollen die Zahlungen nach dem Bundesrückerstattungsgesetz geleistet werden?

(Bei Devisenausländern wird in der Regel die Errichtung eines liberalisierten Kapitalkontos erforderlich sein.)

Auf das Konto 62 073/15 der URO in Hannover bei der Dresdner Bank AG., Hannover, Rathenauplatz 4.

11) Sonstige Bemerkungen des Berechtigten:

Ich versichere, daß ich meine Angaben nach bestem Wissen und Gewissen richtig und vollständig gemacht habe.

London  
(Ort)

, den

15 Oktober 1957  
(Datum)

Martin Fabian  
(Unterschrift)



# UNITED RESTITUTION ORGANIZATION (URO)

Hannover-Kleefeld · Kaulbachstraße 23

Phone: Hannover 50256

Cable: UROCLAIMS, Hannover

Use quote: UK/F/8  
Antwortschreiben bitte angeben

Hannover, den 26. Februar 1958  
Dr. Bl./We.

An die  
Oberfinanzdirektion

H a m b u r g 13  
Magdalenenstr. 64 a

28. FEB. 1958

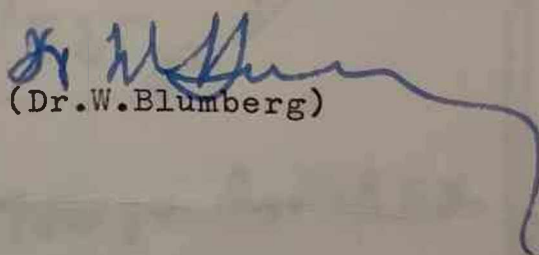
33

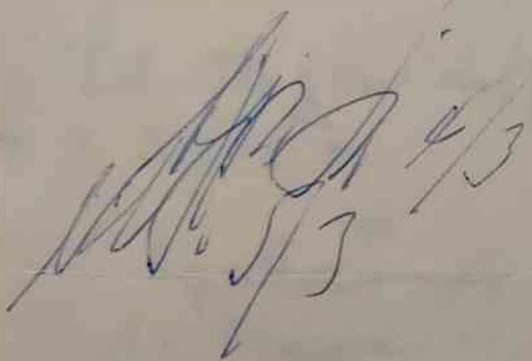
13. MAR. 1958

Zu: O 1488 - F 1 - BV 33/333 -.

Betr.: Rückerstattungssache Martin Fabian gegen Deutsches Reich

Der Schadensersatz für Hausrat wurde auf 10.000,-- RM und für Schmuck auf 1.417,50 RM festgesetzt. Der Antragsteller bittet um Ermittlung des Wiederbeschaffungswerts am 1.4.1956 aufgrund einer vorzunehmenden Schätzung.

  
(Dr. W. Blumberg)

  
780 ✓ 3900 ✓ x 19 = Sum. 751. - 997  
Korpus 655 ✓ 800 ✓ x 32 = 256. 90 ✓ 1021  
445 ✓  
Gold Blatt 339 = 252. -  
Schmuck = 423.50 675  
16.72

# Plattenschnitt.

ohne Federreutmachung:

9

Gesamtgewicht Silber 4700 gr.

Gewicht d. Ant. Bank. von 3775 gr. Silbergewicht = 925 gr.  
war Besteck Silber: 1200 gr.

1 gemischter Löffel 1000 gr.  
18<sup>er</sup> Esslöffel - 60 - 1050.  
12 Teelöffel - 20 - 240.  
12 Messerlöffel - 10 - 120.  
1 Theelöffel - 20.  
12 Forkgabel 50 - 600.  
12 Forkmesser 50 - 600.  
6 Forken 60 - 360 3120 gr.

Besteck	441.-
Korpus	256.-
Gold	252.-
Silber	423.50
<b>Anteil</b>	<b>1672.50</b>
Anteil	148.-
10:1	1652.70

✓ 12 Besteck Silber

Rest Korpus 655 gr. ✓ 3775 gr.

Schätzgewicht (Re 339AA) Silber 925 gr. ✓

4700 x 3775 =

6 gr. Messer - 25 150 ✓  
12 Obstgabel - 15 180 ✓  
12 dt. Messer - 15 180 ✓  
1 Teelöffel 80 ✓  
780 gr. Rest Silber  
590 Besteck Silber

Anteil	1672.50
Gold	252.-
Anteil	148.-
10:1	1652.70

Rest Korpus 885 ✓ 925 gr. ✓  
(Haarstücke)

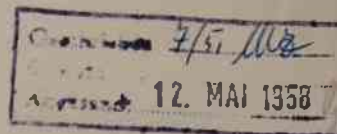
Besteck Silber 3120 ✓ 3900 x 19 = 741.- ✓ 997.00  
Korpus 655 ✓ 800 x 32 = 256.- ✓ 1021.70  
Gold 252.-  
Silber 423.50  
Anteil 339 = 675.50  
1672.50

Oberfinanzdirektion Hamburg  
O 1488 - F 1 - BV ~~337~~ 42/423

Hamburg 13, den 12. Mai 1958  
Hartungstraße 5  
Telefon 44 12 91  
Büro Wiedergutmachung:  
Magdalenenstraße 64a

Reg.Nr. 508

V. F. B.



- 1) An die  
Freie und Hansestadt Hamburg  
Sozialbehörde - Amt für Wiedergutmachung  
H a m b u r g 36  
Drehbahn 54

Betr.: Ihr Az. 01 05 89 - 5 -

Anl.: -1-

In der Rückerstattungssache

Martin F a b i a n geb. 1.5.1889

Übersende ich Ihnen unter Hinweis auf die Besprechung der Referenten der obersten Landesentschädigungsbehörden vom 4. - 6. Juni 1957 den Entwurf des von mir zu erlassenden Bescheides.

Ich bitte Sie, sich binnen 6 Wochen darüber zu erklären, ob aufgrund bereits ergangener entschädigungsrechtlicher Entscheidungen Forderungen auf ein Land übergegangen sind.

Falls Sie binnen 6 Wochen keine Einwendungen erheben, werde ich den im Bescheid vorgesehenen Betrag an den Berechtigten auszahlen.

2)

Im Auftrag

(Polack)  
Regierungsassessor

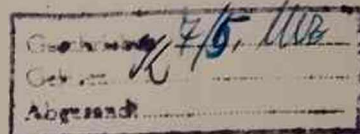


Oberfinanzdirektion Hamburg  
- O 1468 - F1 BV 42/43 -  
Reg. Nr. 508

Hamburg 13, den  
Hartungstrasse 5  
Telefon 44 12 91

2. Juni

1958



# B e s c h e i d

Auf Grund der §§ 38, 39 des Bundesgesetzes zur Regelung  
der rück erstattungsberechtigten Geldverbindlichkeiten des  
Deutschen Reichs und gleichgestellter Rechtsträger  
(Bundesrück erstattungsgesetz - BRüG -) vom 19. 7. 1957  
(Bundesgesetzbl. I, S. 734) erteilt die Oberfinanzdirektion  
Hamburg dem Berechtigten

Hartin Fabian

Flat 1, 22 North Villas

London W. 11.

als Rechtsnachfolger ~~nach~~

Bevollmächtigte

United Restitution Organisation  
U.R.O.

folgenden Bescheid:

Hannover.  
Kaulbachstr. 23

I.

Der Bescheid liegt der Beschluss/Vergleich

vom

Az.

zugrunde.

Dem Bescheid liegen die nachstehend aufgeführten Entscheidungen/und/gütlichen Einigungen zu Grunde:

- 1) Beschluss des Wiedergutmachungsamtes beim Landgericht Hamburg vom 9. Juni 1951  
Ak.: II/Z 3474 - 4 - ✓
- 2) Beschluss des Landgerichts Hamburg  
1. Wiedergutmachungskammer, vom 9. Oktober 1951 ✓  
Ak.: I WiK 800/51/II/Z 3474 - 2 - ✓
- 3) Beschluss des Landgerichts Hamburg  
1. Wiedergutmachungskammer, vom 9. Oktober 1951 ✓  
Ak.: I WiK 677/51/II/Z 3474 - 1 - ✓
- 4) Beschluss des Landgerichts Hamburg  
II. 1. Wiedergutmachungskammer v. 2.1.53  
Ak.: I WiK 678/51 Z 3474 - 3 - ✓

Aus den in Ziffer I aufgeführten Entscheidungen/und/gütlichen Einigungen stehen dem Berechtigten nach Massgabe der §§ 14 bis 26 BRUG folgende Ansprüche zu:

- 1) Aus der Entscheidung/gütlichen Einigung zu I, 1) DM 134.28 - ✓
- 2) Aus der Entscheidung/gütlichen Einigung zu I, 2) DM 639.40 ✓
- 3) Aus der Entscheidung/gütlichen Einigung zu I, 3) DM 15000. - ✓
- 4) Aus der Entscheidung zu I, 4) DM 1652.40 ✓

~~Der Anspruch verändert sich gemäss § 23 BRUG um DM auf DM -~~

Der hiernach insgesamt geschuldete Geldbetrag wird auf

DM 17.426.38 (17 426,38)

(i.W. ... siebenundzwanzigtausend vierhundertsechzig und fünfzig 087/100 Deutsche Mark)

festgestellt.

III.

Der in Ziffer II festgestellte Betrag ist bis spätestens 31.3.1959 ausbezahlen.

Von dem zu Ziffer II festgestellten Betrag sind nach § 32 BRUG zu zahlen:

- 1) bis spätestens zum 31.3.1959 DM
- 2) bis spätestens zum 31.3.1961 DM

Der verbleibende Restbetrag von DM ist grundsätzlich bis zum 31.3.1962 zu zahlen.

Im Falle des § 32 Abs. 5 BRUG vermindert sich der Restbetrag auf einen nach dieser Vorschrift zu ermittelnden Hundertsatz.

~~Der zu Ziffer II festgestellte Geldbetrag~~ <sup>Er</sup> ist im Rahmen des § 34 BRUG unter Zugrundelegung eines Zinssatzes von 4 vom Hundert vom 1.4.1956 ab zu verzinsen. Die im Rahmen des § 34 BRUG etwa zu erfüllenden Zinsansprüche werden bis zum 31.12.1962 befriedigt.

IV.

Auf die nach Ziffer III ~~und IV~~ <sup>jeweils</sup> ~~zuerst~~ zu leistenden Zahlungen werden gemäss § 36 BRUG die folgenden ~~Verbindlichkeiten~~ Darlehen angerechnet:

1. Darlehen von DM 5.000.- mit Wirkung vom 1.4.1956 ✓
2. Darlehen von DM 5.000.- mit Wirkung vom 30.1.1957 ✓

VI.

Die nach Ziffer III und IV <sup>jeweils</sup> zuerst zu leistenden Zahlungen werden, soweit eine Anrechnung nach Ziffer V nicht erfolgt, bis zur Höhe von DM <sup>gemäss § 37 BRUG an</sup> das Land bewirkt.

VII.

VII.

Von dem unter Berücksichtigung der Ziffer V und Ziffer VI verbleibenden Betrag sind die nach Ziffer III und Ziffer IV jeweils zuerst zu leistenden Zahlungen bis zur Höhe von DM an d Berechnigte zu zu bewirken.

VIII.

Stehen dem Berechnigten neben den in Ziffer II aufgeführten Ansprüchen weitere rückerstattungsrechtliche Geld - ansprüche gegen die in § 1 BRUG genannten Rechtsträger zu, so gilt dieser Bescheid als Teil - Bescheid.

Gründe:

pp.

Der in Ziffer ~~II~~ genannte Anspruch auf Verzinsung des Gesamtbetrages ab 1.4.1956 ergibt sich aus § 34 BRUG. - Danach sind die festgestellten Ansprüche ab 1.4.1956 zu verzinsen, sofern der nach voller Befriedigung a l l e r festgestellten Rückerstattungsansprüche verbleibende Rest des in § 31 BRUG genannten Gesamtbetrages von 1,5 Mrd. Deutsche Mark noch nicht erschöpft ist. Falls der Rest - betrag zu einer vollen Befriedigung der Zinsansprüche nicht ausreicht, verringert sich dieser Anspruch auf einen noch zu errechnenden Hundertsatz.

Gegen diesen Bescheid kann binnen einer Frist von 6 ~~Mon~~ Monaten nach Zustellung ein Antrag auf gerichtliche Ent - scheidung bei der Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Hamburg gestellt werden.

Bestgestellt:

Nachgerechnet:

Im Auftrag

1. A. d. VII 10. A.

R. 3.

Nachgerechnet



## Gründe:

- 2) Auch dem in Ziffer 1.) genannten Beschluf ist festgestellt worden, daß das Deutsche Reich dem Berechtigten für ein entzogenes Passageguthaben Schadensersatz gemäß ~~Artikel 26 Abs. 2 R.E.G.~~ in Höhe von RM. 1074,20 zu leisten hat. Dieser widerstattungsrechtliche Schadensersatzanspruch ist an sich nach § 20 Abs. 1 BRüG in Verbindung mit § 16 Umstellungsgesetz auf Deutsche Abank umzustellen.  
Bei Anwendung des § 20 Abs. 2 ist jedoch zweifelhaft, ob dem Berechtigten die Zinsanspruchsbasis gemäß § 20 Abs. 3, Abs. 2 BRüG zusteht. Voraussetzung dafür ist nämlich, daß dem Berechtigten mit der Forderung auch ein Zinsanspruch entzogen worden ist. Ob dies der Fall war, läßt sich nicht eindeutig klären. Ein vertraglicher Zinsanspruch hat dem Berechtigten jedenfalls nicht zugestanden.

Die abschließende Bemerkung kann jedoch dahingestellt bleiben. Der Berechtigte hat hier aus demselben Entziehungstatbestand sowohl einen widerstattungsrechtlichen Schadensersatzanspruch gemäß Artikel 26 Abs. 2 R.E.G., als auch einen widerstattungsrechtlichen Anspruch auf Zahlung eines Reib. Betrages gemäß Artikel 35 R.E.G. Diese Ansprüche stehen dem Berechtigten nach § 22 BRüG wahlweise zu.

~~Interesse des Berechtigten~~ <sup>Interesse</sup> ~~der~~ Berechtigten wird der für ihn günstigere dieser beiden Ansprüche der Behörde in Gründe gelegt. Günstiger ist ~~hier~~ der Anspruch auf Zahlung eines Reib. Betrages gemäß Artikel 35 R.E.G., der gemäß § 15 Abs. 1 BRüG im Verhältnis 10:1 auf Deutsche Abank umgestellt wird. Dieses ergibt bei einem entzogenen Passageguthaben von RM. 1074,20

Hinsin kommt nach § 15 Abs. 2 BRüG

eine Zinsanspruchsbasis von 25%

Dieser Zinsanspruchsbasis wird nach § 15 Abs. 2 BRüG ohne

Rückzicht darauf gewährt, ob dem Berechtigten seinerzeit auch ein Zinsanspruch entzogen worden ist.

Der dem Berechtigten zustehende Betrag beläuft sich demnach auf DM 134,25

DM 1074,20

= 26,86

16  
b) Durch den in Ziffer I 2.) genannten Beschlufs ist  
festgestellt worden, daß das Deutsche Reich verpflichtet  
ist, dem Inhabsteller S. 115, 16 Rdtb. ~~...~~  
für ein entzogenes Giro-Guthaben bei  
dem Bankhaus Barmann, Wirtz & Co.,  
Hamburg, zu ersetzen.

~~Dieser Beschlufs zu Ziffer I 1.)~~  
~~ist dieser <sup>Abgang</sup> ~~Verpflichtung~~ gerechtfertigte~~  
~~Auspruch auf Zahlung eines~~

~~Reichsmarkbetrages~~ <sup>nach dieser Ansicht</sup>  
wird sein (S. 115, 22 Rdtb. in  
Verb. mit Art 25 REG in

~~Auspruch auf Zahlung eines Reichsmarkbetrages~~  
~~gemäß Artikel 25 REG, der nach § 15, Abs. 1 BRG~~  
~~im Verhältnis 10:1 auf Deutsche Mark <sup>umgerechnet</sup> ~~umgerechnet~~~~  
~~ist. Dieses ergibt bei dem entzogenen Bankguthaben~~  
~~von Rdtb. S. 115, 16~~

= DM. 511.52

Hinzuzurechnen ist eine Zinsanspruch von 25% = " 127.88

für das entzogene Bankguthaben ist mithin  
ein Schadensersatz von  
zu leisten.

DM. 639.40

c) Durch den in Ziffer I 3.) genannten Beschlufs  
ist das Deutsche Reich verpflichtet worden für das am 29.10.41  
entzogene Vermögensgut (Kassat) im Werte von RM. 10.000.-  
Schadensersatz zu leisten.

Gemäß § 14, 16 Abs. 1 Satz 2 BRG bemisst sich  
die Höhe des Schadensersatzbetrages, der dem  
Berechtigten auf Grund dieses Beschlufes zusteht,  
nach dem Wiederbeschaffungswert des entzogenen

Vertrags DM. 775.68



Umsatzgutes (Hauseigentum) am 1. 4. 1956.

Dieser Wiederbeschaffungswert wird aus dem in der Anlage niedergelegten Gründen auf

Dm. 15.000.-

festgestellt. festgesetzt.

Eine Wertminderungsantrag steht dem Berechtigten nicht zu. Für Vorteile, die der Gebrauch des Umsatzgutes gewährt hätte, wird gemäß § 16 Abs. 29. 1 B.R.G. kein Ersatz geleistet. Sonstige Anträge sind nicht entgegen.

- a) Durch den <sup>in</sup> Ziffer 1 4.) genannten Beschluß ist die Ersatzpflicht des Deutschen Reiches für antroffene Silber-, Gold- und Schmucksachen im Werte von Dm. 1417,50 festgestellt worden. Dieser Beschluß ist gemäß § 14 ff. B.R.G. abzuändern und zwar auch hier bezieht sich die Höhe des Schadensersatzbetrages gemäß § 16 Abs. 1 Satz 2 <sup>B.R.G.</sup> nach dem Wiederbeschaffungswert der abgelieferten Gegenstände am 1. 4. 1956. Dieser ist in folgender Weise festgestellt worden.

Nach einer Auskunft des Verbandes der Juweliere, Uhren-, Gold- und Silberwaren-einzelhändler e. V. Fritz Hamburg vom 24. 10. 1957 ist der Wiederbeschaffungswert wie folgt zu berechnen.

Bei Bestecksilber ist von einem Preis von Ddb. 0.25 je Gramm abzgl. 25%, da es sich um gebrauchte Sachen gehandelt hat, auszugehen. Bei Korpus Silber beträgt der Grammpreis Dm. 0.42 abzgl. 25%.

Hilfsatz Dm 115 773, 68

12

86

38



Bestecksilber ist also mit Doll. 0.19 je Gramm  
und Korpus-Silber mit Doll. 0.32 je Gramm  
zu entschädigen.

Aus der Ablieferungsrechnung Nr. 899 vom 15.3.39  
ergibt sich, welche Silbersachen im ~~abgegebenen~~  
einzelnen von dem Berechtigten abgeliefert  
worden sind. Aus dieser Rechnung ist auch  
das Gesamtgewicht der abgelieferten Silbersachen,  
mit Ausnahme der unberücksichtigt gebliebenen  
6 gr. Messer, 12 Obstgabeln, 12 Obstmesser,

1 Haarbürste, 1 Tortenheber zu entnehmen.  
Das feinschmelzige von Besteck- u. Korpus-Silber ergibt sich  
einer vom Geschäftsführer der Arbeits-  
gemeinschaft der Leiter öffentlicher Lehrämter  
aufgestellten „Abstellgewichtsliste für Silbersachen“  
zur Bestimmung des Silbergewichts nach  
Kontrollisten ist zu entnehmen, welche Schnitt-  
schnittsgewichte für die nach der o. a. Rechnung  
abgelieferten Silbersachen in Gramm gelegt werden  
können. errechnet worden.

die Kammer hat  
die Gesamtheit  
der für die  
Abstellung  
erforderlichen  
Sachen  
ist anzu-  
nehmen

Daneben ist für das Bestecksilber, einschließlich  
der unberücksichtigt gebliebenen Teile, ein  
Gesamtgewicht von 3900 Gramm anzu-  
nehmen. Für Korpus-Silber ist ein  
Gesamtgewicht von 800 Gramm anzusetzen.

Unter Zugrundelegung der o. a. Grammpreise  
beträgt der Wiederbeschaffungswert für

3900 gram - Bestecksilber	=	741.-	✓
800 gram - Korpus-Silber	=	256.80	✓
		<u>997.80</u>	

Hierzu kommt der Wiederbeschaffungswert  
der abgelieferten Goldsachen. Der auf diese  
Sachen entfallende Anteil des von der  
~~Kammer~~

insgesamt 1027.70  
997.80  
40 11.70 15.773,68

Antrag DM 15773,68  
 15773,68

Hammer rechtskräftig festgestellten  
 Entziehungswertes beträgt DM. 675,50. ✓  
 Dieser Entziehungswert entspricht dem  
 Wiederbeschaffungswert per 1.4.1956  
 unter Berücksichtigung eines Abzuges  
 „Alt für Neu“. Das ergibt sich aus  
 der bereits genannten Auskunft des  
 Verbandes der Juweliere vom 24.10.57,  
 sowie aus einer gutachtlichen Ansassung  
 des Juweliers Hilchen Hamburg, vom  
 22.11.1957, <sup>Hier Hilchen wird</sup> der von den bisherigen Nieder-  
 gutmachungsbehörden ständig als  
 Sachverständiger herangezogen wurde.  
 Für die abgelieferten Goldsachen stehen  
 dem Berechtigten daher --- DM 675,50 ✓

zu.

Von dem, dem Berechtigten für die  
 abgelieferten Edelmetalle zustehenden  
 Gesamtbetrag von DM 1.642,50 ✓  
 ist der zurzeit dem Berechtigten 1672,50  
 ausgesetzte Ankaufserlös vom Juli 198, ✓  
 umgestellt im Verhältnis 10:1 = DM. 49,80 ✓  
 abzusetzen, so daß dem Berechtigten 1652,70  
 zustehen.

Dem Berechtigten steht daher aus  
 dem insgesamt erhaltenen <sup>zusammen</sup> für die abgelieferten  
 den eingezogenen Beträgen ein  
 Gesamtanspruch in Höhe von DM 17.426,38  
 zu. 17.426,38

Bei Erfüllung dieses Anspruchs sind  
 gemäß § 36 B.R.G. die dem Berechtigten  
 gewährten Darlehen in Höhe von DM 10.000,-  
 anzurechnen, so daß noch DM 7.426,38  
 DM. 7.426,38 ✓ verbleiben.



18

Anlage

Betr.: Feststellung des Wiederbeschaffungswertes per  
1. 4. 1956 von entzogenem Hausrat bzw. ent-  
zogenem Umzugsgut.

Der Wert der entzogenen Hausratsgegenstände im Zeitpunkt der Entziehung ist durch den im Bescheid näher bezeichneten Beschluß (Vergleich) festgestellt worden. Durch die inzwischen eingetretene Rechtskraft dieses Beschlusses sind Einwendungen gegen die Höhe des festgestellten Entziehungswertes abgeschnitten. Die Oberfinanzdirektion kann und muß daher diesen Wert ihren Feststellungen unbesehen zu Grunde legen. Sie hat sich darauf zu beschränken, festzustellen, wie sich dieser Wert infolge der zwischenzeitlich eingetretenen Preissteigerungen verändert hat. Zu diesem Zweck ist eine Auskunft des Statistischen Bundesamtes eingeholt worden. Aus dieser Auskunft vom 2. 12. 1957 ergibt sich, daß im April 1956 die Preise für die Gegenstände, aus denen sich normalerweise entzogener Hausrat bzw. entzogenes Umzugsgut zusammensetzt, nämlich für Möbel aus Holz, Polstermöbel, Hausrat aus Glas, Porzellan und Steingut, Gardinen, Teppiche, Möbel- und Behangstoffe, Bett-, Haus- und Küchenwäsche, Bekleidung und Schuhe auf 172 % des Standes von 1940, auf 167 % des Standes von 1941 und auf 163 % des Standes von 1942 gestiegen sind. Diese Preissteigerung ist allerdings nur bei neuen Sachen eingetreten. Die Preise für Gebrauchsgüter sind seit dem Entziehungszeitpunkt nicht annähernd in diesem Maße gestiegen. Von Sachverständigen, die von den Hamburger Gerichten ständig herangezogen werden, ist diese Tatsache in anhängigen Rückerstattungsverfahren mehrfach bestätigt worden. Diese Sachverständigen gehen davon aus, daß der Reichsmark-Entziehungswert im Verhältnis 1 : 1 auf Deutsche Mark umgestellt den Wiederbeschaffungswert ergibt.

Da die entzogenen Sachen zum großen Teil gebraucht gewesen sind, ist es nicht möglich, den Wiederbeschaffungswert in Höhe der vollen für Neuwaren ermittelten Preissteigerung festzusetzen. Es ist aber auch nicht richtig, nur deshalb, weil es sich um gebrauchte Sachen gehandelt hat, den Wiederbeschaffungswert per 1. 4. 1956 dem Entziehungswert ohne Rücksicht auf die inzwischen gestiegenen Preise gleichzusetzen. Da eine gerechte Schadensberechnung in diesen Fällen sowohl den Wert der Sachen auf dem Gebrauchsgütermarkt als auch deren Neuwert abzüglich einer gewissen Abschreibung für die Benutzung zu berücksichtigen hat (vergl. OLG Düsseldorf vom 8. 1. 1957 RzW 1957 S. 73), muß auch der zur Errechnung des Wiederbeschaffungswertes zu ermittelnde Umrechnungsfaktor diesen beiden Gesichtspunkten Rechnung tragen und von einem Mittelwert zwischen Preissteigerung für Neuwaren und Preissteigerung für Gebrauchsgüter ausgehen. Aus diesen Erwägungen heraus hält die Oberfinanzdirektion einen Umrechnungsfaktor von 1,5 für angemessen, d. h. der Wiederbeschaffungswert des entzogenen Hausrates per 1. 4. 1956 wird auf das 1 1/2-fache des Entziehungswertes in Deutscher Mark festgesetzt.

# FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

SOZIALBEHÖRDE

AMT FÜR WIEDERGUTMACHTUNG

SPRECHZEITEN:

MONTAG U. DONNERSTAG 8-13 UHR

FERNSPRECHER: 34 15 31

BEHÖRDENNETZ: 21 } App. 65

Aktz.: Wg. 0105 89 - 6 -

(Bei Beantwortung bitte angeben)

An die  
Oberfinanzdirektion Hamburg  
Hamburg - 13  
Hartungstr. 5

Sprechzeit nur  
montags von 7<sup>30</sup> - 15<sup>00</sup> Uhr.  
Besucher können an den übrigen  
Tagen nicht empfangen werden.

Hamburg, den 17.5.1958.  
Ne/Ma.

Betr.: Rückerstattungssache Martin F a b i a n, geb. 1.5.1889.  
Bezug: Ihr Schreiben vom 12. ds. Mts. - O 1488 - F 1 - BV 42/423

Auf Ihre obige Anfrage wird erwidert, dass von seiten des Amtes  
keine Einwendungen gegen den von Ihnen beabsichtigten Bescheid,  
mit welchem eine Auszahlung in Höhe von DM 7.426,38 erfolgen soll,  
erhoben werden.

Im Auftrage:

*Neddermeyer*  
(Neddermeyer)  
Referentin

Anschrift: (24a) Hamburg 36, Drehbahn 54 • Zahlungen an Sozialbehörde (Amiskasse) • Bankkto.: Hamburgische Landesbank-Girozentrale, Kto. 363.  
Postcheckkonto: Hamburg 11 48 • Kassenscheine: 8-13 Uhr, sonntags 8-12 Uhr • Bei Antwortschreiben bitte das obige Geschäftszeichen angeben.

SB. X/34

OFD Hamburg

O 5608 - F 1 - BV 42/423 -

Hamburg 13, den

3. Juni 1958

Reg.Nr. 508

Vfg.

34

Fe

1.)

An  
United Restitution  
Organization (URO),  
Hannover-Kleeefeld  
Kaulbachstr. 23

Mit Postzustellungsurkunde!

Betr.: Rückerstattungssache Martin F a b i a n, London.

Dort.Az: UK/F/8

Anlg.: 1 Bescheid - zweifach.

Anliegend übersende ich Ihnen einen Bescheid nach dem  
Bundesrückerstattungsgesetz mit einer für Ihre Unterlagen be-  
stimmten beglaubigten Durchschrift.

Der Restbetrag in Höhe von DM 7 426,38 des in diesem Bescheid  
festgestellten Anspruchs wird in Kürze auf Ihr Ausländer -  
Anderkonto beim Bankhaus Brinckmann, Wirtz & Co., Hamburg,  
überwiesen werden.

2.) BV 11 m.d.B., den Orig. Bescheid  
zu siegeln

3.) Absendung

4.) ZdA. Bescheidsakte

Im Auftrag  
(P o l e c k)  
Regierungsassessor

Oberfinanzdirektion Hamburg  
- O 5608 - F 1 - BV 42/427 -

Reg. Nr. 508

Entwurf

Hül

Ausg. BV Verw.

Nr.

1. Ausfertigung für 0804-350  
2. Vermögensbuchhaltung  
3. Wertverwaltung

I. Anordnungsbegründung:

Auf Grund des von der Oberfinanzdirektion Hamburg am 2. Juni 1958 erteilten Bescheides steht dem Berechtigten Herrn Martin Fabian ein Rückerstattungsanspruch in Höhe von DM 17.426,38 zu. Hierauf werden die ihm bereits gewährten Darlehen in Höhe von insgesamt DM 10.000,- angerechnet, so dass noch ein Betrag von DM 7.426,38 ausbezahlt ist.

### Auszahlungsanordnung für die Amtskasse für Bundesvermögen

Verb. Stelle: Kasse, Tit. 350 Kf. 19

Auszuzahlen sind

(i. W.): Siebentausendvierhundertachtundzwanzig DM 38/100

Herrn Martin Fabian

an:

Flat 1, 22 North Villas, London NW 1, England

Kto.:

Ausländer-Kontokonto der United Restitution Organization (URO),  
Hannover-Kleeblatt, beim Bankhaus Brinkmann, Wirtz & Co., Hamburg.

### Buchungsanweisung für die Vermögensrechnung (§ 65 VBRO)

Kj. 1958

0804 - 10

Buchungsstelle

Vermögensgr. 4313/09

Kto. Nr.

in das Vermögenssachbuch (Vermögenskartei) ein-  
getragen.

Lfd. Nr.

Datum

Der Vermögensbuchhalter der Amtskasse für Bundesvermögen wird an-  
gewiesen, im Vermögenssachbuch Abschnitt für in RM festgestellte  
Rückerstattungsansprüche unter nebenstehender Buchungsstelle

10.000,- DM

(i. W.): Zehntausend DM

als Abgang ohne haushaltsmäßige Zahlung zu buchen.

(Unterschrift)

### Auslieferungsanordnung.

Wertkontobuch C S. 101 Nr. 410

Wertkontobuch C 2-149 - 2149

Wertkontobuch C

Die Amtskasse für Bundesvermögen wird angewiesen, den mit Annahmeanordnung

in Verwahrung genommenen Darlehensvertrag

v. 1.4. 13.4.55 über 5.000,- DM (i. W.): Fünftausend DM

v. 26.1. 14.1.57 über 5.000,- DM (i. W.): Fünftausend DM

v. / über DM (i. W.): DM

v. / über DM (i. W.): DM

Darlehensnehmer: Martin Fabian, Flat 1, 22 North Villas, London NW 1, England

vertr. durch: United Restitution Organisation (URO), Hannover-Kleeblatt,

an BV 42 VA Koolajda

herauszugehen.

erhalten:

(Name und Amtsbezeichnung)

Hamburg, den 27.5.58

Sachlich richtig und fest-  
gestellt

27.6.58

(Jark)

VA.GF. Vfb TO.A.

(Amtsbezeichnung)

Verträge i. d. H. d. URO 23-24

Hamburg, den

31. Juni 19 58

(Klesper) (Klesper)  
Oberregierungsrat  
Regierungsdirektor

2/ BV 4112 4/ Be 47.  
3/ J. d. A.



Reg. Nr. 308

## Bescheid

Auf Grund der §§ 38, 39 des Bundesgesetzes zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reichs und gleichgestellter Rechtsträger (Bundesrückerstattungsgesetz - BRÜG -) vom 19. 7. 1957 (Bundesgesetzblatt I, S. 734) erteilt die Oberfinanzdirektion Hamburg

d0m Berechtigten:

**Martin Fabian**

**Flat 1, 22 North Villas, London NW 1 / England**

als Rechtsnachfolger nach

./.

Bevollmächtigter: **United Restitution Organization - URO -  
Hannover-Kleefeld, Kaulbachstraße 23**

folgenden Bescheid:

### I.

Dem Bescheid liegen die nachstehend aufgeführten Entscheidungen /und/ gültlichen Einigungen zu Grunde:

- 1) **Beschluß des Wiedergutmachungsausschusses beim Landgericht Hamburg vom 9.6.1951 - Az.: II/Z 3474 - 4 -,**
- 2) **Beschluß des Landgerichts Hamburg, 1. Wiedergutmachungskammer, vom 9.10.1951 - Az.: 1 Wlk 800/51 - II/Z 3474 - 2 -,**
- 3) **Beschluß des Landgerichts Hamburg, 1. Wiedergutmachungskammer, vom 9.10.1951 - Az.: 1 Wlk 677/51 - II/Z 3474 - 1 -,**
- 4) **Beschluß des Landgerichts Hamburg, 1. Wiedergutmachungskammer, vom 8.1.1953 - Az.: 1 Wlk 678/51 - 2 3474 - 3 -.**

### II.

Aus den in Ziffer I aufgeführten Entscheidungen stehen dem Berechtigten nach Maßgabe der §§ 14-26 BRÜG folgende Ansprüche zu:

- |                                 |    |          |
|---------------------------------|----|----------|
| 1) Aus der Entscheidung zu I,1) | DM | 134,28   |
| 2) Aus der Entscheidung zu I,2) | DM | 639,40   |
| 3) Aus der Entscheidung zu I,3) | DM | 15.000,— |
| 4) Aus der Entscheidung zu I,4) | DM | 1.652,70 |

Der hiernach insgesamt geschuldete Geldbetrag wird auf

DM 17.426,38

(1.W.: Siebzehntausendvierhundertsechszwanzig 38/100 DM) festgestellt.

### III.

Der in Ziffer II festgestellte Betrag ist bis spätestens 31.3.1959 auszuzahlen.  
Er ist im Rahmen des § 34 BRUG unter Zugrundelegung eines Zinssatzes von 4 vom Hundert vom 1.4.1956 ab zu verzinsen. Die im Rahmen des § 34 BRUG etwa zu erfüllenden Zinsansprüche werden bis zum 31.12.1962 befriedigt.

### IV.

Auf die nach Ziffer III zu leistenden Zahlungen werden gemäß § 36 BRUG die folgenden Darlehen angerechnet:

1. Darlehen von DM 5.000,— mit Wirkung vom 1.4.1956
2. Darlehen von DM 5.000,— mit Wirkung vom 30.1.1957.

### V.

Stehen dem Berechtigten neben den in Ziffer II aufgeführten Ansprüchen weitere rückerstattungsrechtliche Geldansprüche gegen die in § 1 BRUG genannten Rechtsträger zu, so gilt dieser Bescheid als Teil - Bescheid.

### VI.

#### Gründe:

a) Durch den in Ziffer I,1 genannten Beschluß ist festgestellt worden, daß das Deutsche Reich dem Berechtigten für ein entzogenes Passageguthaben in Höhe von RM 1.074,20 Schadensersatz zu leisten hat. Dieser rückerstattungsrechtliche Schadenersatzanspruch ist an sich nach § 20 Abs.1 BRUG in Verbindung mit § 16 Umstellungsgesetz auf Deutsche Mark umzustellen.

Bei Anwendung des § 20 BRUG ist jedoch zweifelhaft, ob dem Berechtigten die Zinspauschale gemäß §§ 20 Abs.3, 16 Abs.2 BRUG zusteht. Voraussetzung dafür ist nämlich, daß dem Berechtigten mit der Forderung auch ein Zinsanspruch entzogen worden ist. Ob dieses der Fall war, läßt sich nicht eindeutig klären. Ein vertraglicher Zinsanspruch hat dem Berechtigten jedenfalls nicht zugestanden.

Die abschließende Beurteilung kann jedoch dahingestellt bleiben. Der Berechtigte hat hier aus demselben Entziehungstatbestand sowohl einen rückerstattungsrechtlichen Schadenersatzanspruch gemäß Artikel 26 Abs.2 REG als auch einen rückerstattungsrechtlichen Anspruch auf Zahlung eines RM-Betrages



gemäß Artikel 25 REG. Diese Ansprüche stehen ihm nach § 22 BRUG wahlweise zu. In seinem Interesse wird der für ihn günstigere der beiden Ansprüche dem Bescheid zu Grunde gelegt. Günstiger ist der Anspruch aus Artikel 25 REG, der gemäß § 15 Abs. 1 BRUG im Verhältnis 10:1 auf Deutsche Mark umgestellt wird. Dessen ergibt bei einem entzogenen Passaguthaben von RM 1.074,20 DM 107,42. Hinzu kommt nach § 15 Abs. 2 BRUG eine Zinspauschale von 25 % = . . . 26,86

Diese Zinspauschale wird nach § 15 Abs. 2 BRUG ohne Rücksicht darauf gewährt, ob dem Berechtigten seinerzeit auch ein Zinsanspruch entzogen worden ist.

Der dem Berechtigten zu I, 1 zustehende Betrag beläuft sich demnach auf . . . . . DM 134,28

- b) Durch den in Ziffer I, 2 genannten Beschluss ist festgestellt worden, daß das Deutsche Reich verpflichtet ist, dem Antragsteller 5.115,16 RM für ein entzogenes Giro-Guthaben bei dem Bankhaus Brinckmann, Wirtz & Co., Hamburg, zu ersetzen.

Auch dieser Anspruch wird gemäß §§ 15, 22 BRUG in Verbindung mit Artikel 25 REG im Verhältnis 10:1 auf Deutsche Mark umgestellt = DM 511,92. Hinzuzurechnen ist eine Zinspauschale von 25 % = . . . . . 127,88

Für das entzogene Bankguthaben ist mithin ein Schadensersatz von . . . . . DM 639,40 zu leisten.

- c) Durch den in Ziffer I, 3 genannten Beschluss ist das Deutsche Reich verpflichtet worden, für das am 29.10.1941 entzogene Umsagegut (Hausrat) im Werte von RM 10.000,— Schadensersatz zu leisten.

Gemäß §§ 14, 16 Abs. 1 Satz 2 BRUG bemisst sich die Höhe des Schadensersatzbetrages, der dem Berechtigten auf Grund dieses Beschlusses zusteht, nach dem Wiederbeschaffungswert des entzogenen Umsagegutes am 1.4.1956. Dieser Wiederbeschaffungswert wird aus den in der Anlage wiedergegebenen Gründen auf . . . . . DM 15.000,— festgesetzt.

Eine Nutzungsvergütung steht dem Berechtigten nicht zu. Für Vorteile, die der Gebrauch des Umsagegutes gewährt hätte, wird gemäß § 16 Abs. 2 Satz 1 BRUG kein Ersatz geleistet. Sonstige Nutzungen sind nicht entgangen.

- d) Durch den in Ziffer I, 4 genannten Beschluss ist die Ersatzpflicht des Deutschen Reiches für entzogene Silber-, Gold- und Schmuckachen im Werte von RM 1.417,50 festgestellt worden.

Übertrag: DM 15.773,68

Übertrag:

DM 15.773,68

Auch hier bemisst sich die Höhe des Schadensersatzbetrages gemäß § 16 Abs.1 Satz 2 BRMG nach dem Wiederbeschaffungswert der abgelieferten Gegenstände am 1.4.1956.

Nach einer Auskunft des Verbandes der Juweliere, Uhren-, Gold- und Silberwareneinzelhändler e.V., Sitz Hamburg, vom 24.10.1957 ist der Wiederbeschaffungswert wie folgt zu berechnen:

Bei Bestecksilber ist von einem Preis von DM 0,25 je Gramm abzüglich 25 %, da es sich um gebrauchte Sachen gehandelt hat, auszugehen. Bei Korpus Silber beträgt der Grammpreis DM 0,42 abzüglich 25%. Bestecksilber ist also mit DM 0,19 je Gramm und Korpus Silber mit DM 0,32 je Gramm zu entschädigen.

Aus der Ablieferungsquittung Nr. 899 vom 15.3.1959 ergibt sich, welche Silbersachen in einzelnen von dem Berechtigten abgeliefert worden sind. Aus dieser Quittung ist auch das Gesamtgewicht der abgelieferten Silbersachen, mit Ausnahme der unberücksichtigt gebliebenen 6 gr. Messer, 12 Obstgabeln, 12 Obstmesser, 1 Haarbürste, 1 Tortenheber zu entnehmen. Die Kammer hat das Gesamtgewicht auf 4.700 Gramm geschätzt.

Das Gewichtsverhältnis von Besteck- und Korpus Silber ergibt sich daraus allerdings nicht. Dieses ist anhand einer vom Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Leiter öffentlicher Leihämter aufgestellten "Mittelgewichtstabelle für Silbersachen" errechnet worden. Danach ist für das Bestecksilber einschließlich der unberücksichtigt gebliebenen Teile ein Gesamtgewicht von 3.900 Gramm anzunehmen. Für Korpus Silber ist ein Gesamtgewicht von 800 Gramm anzusetzen.

Unter Zugrundelegung der o.a. Grammpreise beträgt der Wiederbeschaffungswert für

3.900 Gramm Bestecksilber . . .	DM 741,--
800 Gramm Korpus Silber . . .	" 256,--
insgesamt:	<u>DM 997,--</u>

Hierzu kommt der Wiederbeschaffungswert der abgelieferten Goldsachen. Der auf diese Sachen entfallende Anteil des von der Kammer rechtskräftig festgestellten Entziehungswertes beträgt DM 675,50. Dieser Entziehungswert entspricht dem Wiederbeschaffungswert per 1.4.1956 unter Berücksichtigung eines Abzuges "alt für neu". Das ergibt sich aus der bereits genannten Auskunft des Verbandes der Juweliere vom 24.10.1957 sowie aus einer gutachtlichen Äußerung des Juweliers Hilcken, Hamburg, vom 22.11.1957. Herr Hilcken wird von den hiesigen Wiedergutmachungsbehörden ständig als Sachver-

Übertrag:

DM 997,-- DM 15.773,68

Übertrag: DM 997.-- DM 15.773,68

ständiger herangezogen.  
Für die abgelieferten Goldsachen stehen dem Berechtigten daher . . . . . 7 675,50 zu.  
Von dem Gesamtbetrag von . . . . . DM 1672,50 ist der seinerzeit dem Berechtigten ausbezahlte Ankaufserlös von RM 198.--, umgestellt im Verhältnis 10:1, = . . . . . " 19,80 abzusetzen, so daß dem Berechtigten . . . . . DM 1.652,70 zustehen.

Insgesamt erhält der Berechtigte: . . . . . DM 17.426,38.

Bei Erfüllung dieses Anspruchs sind gemäß § 36 BRMG die dem Berechtigten gewährten Darlehen in Höhe von DM 10.000.-- anzurechnen, so daß noch auszuführen sind: . . . . . DM 7.426,38

Der in Ziffer III genannte Anspruch auf Verzinsung des Gesamtbetrages ab 1.4.1956 ergibt sich aus § 34 BRMG. Danach sind die festgestellten Ansprüche ab 1.4.1956 zu verzinsen, sofern der nach voller Befriedigung aller festgestellten Rückerstattungsansprüche verbleibende Rest des in § 31 BRMG genannten Gesamtbetrages von 1,5 Mrd. Deutsche Mark noch nicht erschöpft ist. Falls der Restbetrag zu einer vollen Befriedigung der Zinsansprüche nicht ausreicht, verringert sich dieser Anspruch auf einen noch zu errechnenden Hundertsatz.

# VII.

Gegen diesen Bescheid kann binnen einer Frist von 6 Monaten nach Zustellung ein Antrag auf gerichtliche Entscheidung bei der Wiedergutachungskammer des Landgerichts Hamburg gestellt werden.

Im Auftrag

gez.

*Kopp*

(Polack)  
Regierungsassessor



Betr.: Feststellung des Wiederbeschaffungswertes per 1.4.1956 von entzogenem Hausrat bzw. entzogenem Umzugsgut.

Der Wert der entzogenen Hausratsgegenstände im Zeitpunkt der Entziehung ist durch den im Bescheid näher bezeichneten Beschluß (Vergleich) festgestellt worden. Durch die inzwischen eingetretene Rechtskraft dieses Beschlusses sind Einwendungen gegen die Höhe des festgestellten Entziehungswertes abgeschnitten. Die Oberfinanzdirektion kann und muß daher diesen Wert ihren Feststellungen unbeschadet zu Grunde legen. Sie hat sich darauf zu beschränken festzustellen, wie sich dieser Wert infolge der zwischenzeitlich eingetretenen Preissteigerungen verändert hat. Zu diesem Zweck ist eine Auskunft des Statistischen Bundesamtes eingeholt worden. Aus dieser Auskunft vom 4.12.1957 ergibt sich, daß im April 1956 die Preise für die Gegenstände, aus denen sich normalerweise entzogener Hausrat bzw. entzogenes Umzugsgut zusammensetzt, nämlich für Möbel aus Holz, Polstermöbel, Hausrat aus Glas, Porzellan und Steingut, Gardinen, Teppiche, Möbel- und Behangstoffe, Bett-, Haus- und Küchenwäsche, Bekleidung und Schuhe auf 172% des Standes von 1940, auf 167% des Standes von 1941 und auf 163% des Standes von 1942 gestiegen sind. Diese Preissteigerung ist allerdings nur bei neuen Sachen eingetreten. Die Preise für Gebrauchtwaren sind seit dem Entziehungszeitpunkt nicht annähernd in diesem Maße gestiegen. Von Sachverständigen, die von den Hamburger Gerichten ständig herangezogen werden, ist diese Tatsache in anhängigen Rückerstattungsverfahren mehrfach bestätigt worden. Diese Sachverständigen gehen davon aus, daß der Reichsmark-Entziehungswert im Verhältnis 1:1 auf Deutsche Mark umgestellt den Wiederbeschaffungswert ergibt.

Da die entzogenen Sachen zum großen Teil gebraucht gewesen sind, ist es nicht möglich, den Wiederbeschaffungswert in Höhe der vollen für Neuwaren ermittelten Preissteigerung festzusetzen. Es ist aber auch nicht richtig, nur deshalb, weil es sich um gebrauchte Sachen gehandelt hat, den Wiederbeschaffungswert per 1.4.1956 dem Entziehungswert ohne Rücksicht auf die inzwischen gestiegenen Preise gleichzusetzen. Da eine gerechte Schadensberechnung in diesen Fällen sowohl den Wert der Sachen auf dem Gebrauchtwarenmarkt als auch deren Neuwert abzüglich einer gewissen Abschreibung für die Benutzung zu berücksichtigen hat (vergl. OLG Düsseldorf vom 8.1.1957 RZW 1957 S.73), muß auch der zur Erröchnerung des Wiederbeschaffungswertes zu ermittelnde Umrechnungsfaktor diesen beiden Gesichtspunkten Rechnung tragen und von einem Mittelwert zwischen Preissteigerung für Neuwaren und Preissteigerung für Gebrauchtwaren ausgehen. Aus diesen Erwägungen heraus hält die Oberfinanzdirektion einen Umrechnungsfaktor von 1,5 für angemessen, d.h. der Wiederbeschaffungswert des entzogenen Hausrates per 1.4.1956 wird auf das 1 1/2fache des Entziehungswertes in Deutscher Mark festgesetzt.



UNITED RESTITUTION ORGANIZATION (URO)

Hannover · Klagesmarkt 10/11

Phone: Hannover 17733/34

Please quote: UK/F/8

Im Antwortschreiben bitte anzugeben

Oberfinanzdirektion Hannover

Cable: UROCLAIMS, Hannover

- 1. SEP. 1958

Hannover, den 27. August 1958  
Dr. Bl./Tr.

- 2. SEP. 1958

An die  
Oberfinanzdirektion

H a m b u r g 13  
Magdalenenstr. 64a

Zu: O 1488 - F 1 - BV 42/423

Betr.: Rückerstattungssache Martin FABIAN ./.. Dt. Reich

Wir teilen mit, daß wir den Antragsteller Martin Fabian  
nicht mehr vertreten.

Kartei vernicht  
in Hinweis auf Fragebogen.

Dr. W. Blumberg

BV 423

1) Nach Rücksprache m  
BV 42, nichts zu veranlassen,  
da der Anspruch durch  
2) Z. B. A 9/3  
überwiesen am 1.7.58 erfüllt ist

Dr. R. MUNSTER  
Rechtsanwalt

Düsseldorf,  
Schiller Str. 34  
Tel. 68 68 71

Bei Beantwortung  
bitte angeben:

Dr. M/GR  
Fabian  
1042)

An die  
Oberfinanzdirektion  
H a m b u r g 13  
Hartungstr. 5

London, W.C.1  
356-360, Gray's Inn Road  
Tel. TERminus 44 54  
75 22

Antwort nach: London

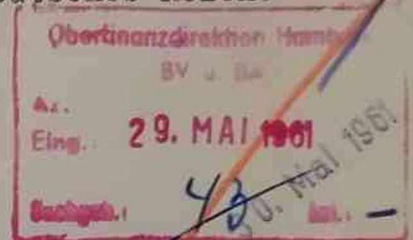
26. Mai 1961

Eilt sehr

30

Betr.: Martin F a b i a n ./.. Deutsches Reich.

Aktz.: O 1488-F 1 - BV - 42-423  
und 33/333



Der Bescheid vom 2.6.58 war noch nicht rechtskräftig  
geworden. Ich bin am

31. Mai und 1. Juni 1961

in Hamburg und würde gern bei Ihnen vorsprechen, um  
mit Ihnen einige Fragen der Bewertung zu erörtern. Ich  
werde Sie nach meiner Ankunft anrufen.

bef.

2. 6. 61

Hochachtungsvoll

1/ Es ist mirs zu bealane,  
da die Abtrag auf genehmigt  
Eulndung bin. Die Abtrag  
wurde ist. Eine angereiche  
Eing. was wird ingeben.

2/ 2. Bekehr f

Rechtsanwalt

31

~~DER SENATOR FÜR FINANZEN~~  
~~Sondervermögens- u. Bauverwaltung~~

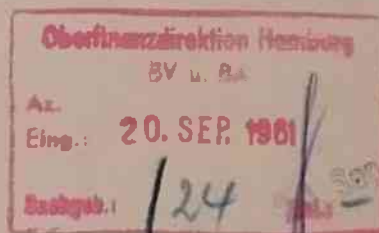
Gesch.Z.: Fin III SVerma IV/VI - 0 5608

Az.: - 20 680 - ( W.G. )

Berlin-Charlbg.2, 19.9.1961  
Fasanenstr. 87, Zi. 57  
Fernruf: 32 52 01, App. 274

An die  
Oberfinanzdirektion

Hamburg  
Harvestehuder Weg 14



Betr.: Befriedigungsverfahren nach dem Bundes-  
rückherstättungsgesetz für Martin Fabian, 1.5.1889 \*  
Geschädigter: Margarete Fabian 10.3.1885  
\* zuletzt wohnhaft in Hamburg

Bezug: ohne

Für den/~~die~~ oben genannten Berechtigten liegen hier Rechts-  
titel vor. Da er/~~sie~~ seinen/ihren letzten inländischen Wohn-  
sitz in Ihrem OFD-Bereich hatte(n), bitte ich zu prüfen,  
ob auch in Ihrem Bezirk Rückerstattungstitel ergangen sind,  
so dass von Ihnen ein Gesamtbescheid erteilt werden müsste.  
Gegebenenfalls werde ich Ihnen nach Eingang Ihrer Rückant-  
wort einen internen Teilbescheid übersenden. Anderenfalls  
werde ich in eigener Zuständigkeit einen Bescheid erteilen.

Im Auftrage

(Dr. Postler)

Lfd. Karteikarte:

~~Es~~ beantragte auf eigenem Recht für Martin Fabian  
Bescheid bereits erteilt.

St. 2/9. 61

700 - BA -

St. 2/9. 61



OF 2  
05608 - F1 - BY 24/24i

*Vfg* Hamburg, den 21 Sept. 1961 32

i/Au:

Geschrieben	22961.H
Gelesen	<i>hm</i>
Abgesandt	25. SEP 1961

Sondervermögens- u. Baurewallung  
beim Landesfinanzamt Berlin

Berlin - Charlottenburg 2

Farauschstr. 87

Betreff: Rückkehrstellungsache Martin Fabian

Bezug: Ihr Schreiben vom 14. 9. 1961 -

Gsch. Z.: Fin III Stern V 42 - 05608 -

Az.: - 28 680 -

Für den oben genannten Beschäftigten ist von ~~meiner~~  
<sup>hier</sup> Dienststelle bereits ein Bescheid erteilt worden.  
Ich bitte daher um Überwindung eines internen  
Teil - Bescheides.

In Auftrag

2. Z. - BA -

(H. Gammann)  
Res. Rat

St. 21/9. 61

22 SEP 1961

Durchschrift

Oberfinanzdirektion Hamburg  
- O 5608 - F 1 - BV 24/241 -

Hamburg, den 21. Sept.

33  
61

Sondervermögens- und Bauverwal-  
tung  
beim Landesfinanzamt Berlin

Harvestehuder Weg 24  
Tel. 44 12 91/App. 25

Büro: Magdalenenstr. 64 a-b

Berlin-Charlottenburg 2  
Fasanenstr. 87

Betr.: Rückerstattungssache Martin Fabian

Bezug: Ihr Schreiben vom 19.9.1961 -

Gesch.Z.: Fin III S Verm. V 42 - O 5608 - Az.: -28 680 -

Für den obengenannten Berechtigten ist hier bereits ein Be-  
scheid erteilt worden.

Ich bitte daher um Übersendung eines internen Teil-Bescheides.

Im Auftrag  
Dr. Grassmann

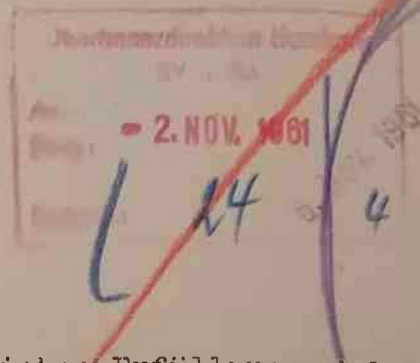
(Dr. Grassmann)  
Regierungsrat

~~XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX~~  
~~XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX~~  
Gesch.Z.: Fin III V 42 (E) - O 5608  
Az.: - 28 680 -

34  
Berlin-Charlbg.2, 30.10.1961  
Fasanenstr. 87, Zi.  
Fernruf: 32 52 01, App. 57  
274

An die  
Oberfinanzdirektion

Hamburg  
Harvestehuder Weg 14



Betrifft: Rückerstattungsrechtliches Erfüllungsverfahren  
~~des/des~~ Martin Fabian

Bezug: Az. O 5608 - F I - BV 24/241 -

Für den von Ihnen zu erteilenden Gesamtbescheid übersende ich einen internen Teilbescheid. Je eine beglaubigte Abschrift des Teilbescheides und der ihm zugrunde liegenden Rechtstitel füge ich bei.

Darlehen habe ich nicht gewährt.

~~Dem Entschädigungsamt Berlin habe ich den Teilbescheid bereits zugestellt und gebeten, die Stellungnahme hierzu nicht zurück zu übersenden.~~

Den Bevollmächtigten habe ich von der Abgabe an Sie benachrichtigt.

Ich bitte, mir eine Abschrift des von Ihnen erteilten Gesamtbescheides zu übersenden.

4 Anlagen

Im Auftrag

*Postler*  
(Dr. Postler)

Die Stellungnahme des Entschädigungsamtes Berlin füge ich in Abschrift bei.

- 1 -

ZVL - BA -

So. 4/12.61.

Der Senator für Finanzen

Sondervermögens- und Bauverwaltung  
Gesch.-Z.: Fin III SVer. - 05608

Akten-Z.: - 28 680 -

Berlin-Charlottenburg,  
Fasanenstraße 87

30. OKT. 1961

Interne

## Bescheid

Auf Grund der §§ 38, 39 des Bundesgesetzes zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reiches und gleichgestellter Rechtsträger (Bundesrückerstattungsgesetz - BRÜG) vom 19. 7. 1957 (BGBl. S. 734) erteilt die Sondervermögens- und Bauverwaltung, Berlin,

den Berechtigten:

Herrn Martin F a b i a n  
22. North Villas, London N. W. 1 / England, Flat 1

als Rechtsnachfolger nach:

Frau Margarete F a b i a n

Bevollmächtigter:

Herr Rechtsanwalt Dr. R. M u n s t e r  
Düsseldorfer, Schiller Str. 34

folgenden int. Bescheid:

I. Dem Bescheid liegen die nachstehenden Rechtstitel zugrunde:

Beschluß der Fiedergutmachungskommission von Berlin

vom 12. 6. 1961 - 61 WGA 1810-1819/59 - Guthaben *Wertpapier*

II. Aus den in Ziff. I aufgeführten Rechtstiteln steht dem Berechtigten nach Maßgabe der §§ 14 bis 26 BRÜG folgender Anspruch zu:

DM 169,12

Der Anspruch vermindert sich gemäß § 23 BRÜG

um DM

entfällt

Der hiernach insgesamt geschuldete Geldbetrag wird

auf DM

169,12

(i. W.: DM

festgestellt. Hundertneunundsechzig 12/100 )



III. Von dem in Ziffer II festgestellten Betrag sind nach § 32 BRÜG zu zahlen:

DM 100.000,-  
bis spätestens zum 31. März 1962 DM 100.000,-  
Der verbleibende Restbetrag von DM 100.000,-  
ist grundsätzlich bis zum 31. März 1962 zu zahlen.

Der Restbetrag verändert sich den Restbetrag auf einen nach dieser Vorschrift zu ermittelnden Hundertsatz.

IV. Der in Ziffer II festgestellte Geldbetrag ist im Rahmen des § 34 BRÜG unter Zugrundelegung eines Zinssatzes von 4 vom Hundert vom 1. April 1956 an zu verzinsen. Die im Rahmen des § 34 BRÜG etwa zu erfüllenden Zinsansprüche werden bis zum 31. Dezember 1962 befriedigt.

V. Auf die nach Ziffer III und IV jeweils zuerst zu leistenden Zahlungen werden gemäß § 36 BRÜG die folgenden Vorleistungen/Darlehen angerechnet:

VI. Die nach Ziffer III und IV jeweils zuerst zu leistenden Zahlungen werden, soweit eine Anzahlung nach Ziffer V nicht erfolgt, bis zur Höhe von DM gemäß § 37 BRÜG an das Land Berlin - Entschädigungsamt - bewirkt.

VII. Von dem unter Berücksichtigung der Ziffer V und Ziffer VI verbleibenden Betrag sind die nach Ziffer III und IV jeweils zuerst zu leistenden Zahlungen bis zur Höhe von

an den Berechtigten zu bewirken.

VIII. Stehen dem Berechtigten neben den in Ziffer II aufgeführten Ansprüchen weitere rück-  
erstattungsrechtliche Geldansprüche gegen die in § 1 BRÜG genannten Rechtsträger zu, so gilt  
dieser Bescheid als Teilbescheid.

IX.

Gründe:

Der in Ziffer II festgestellte Betrag entspricht  
den Rechtstitel zu Ziffer I.

X.

#### Rechtsmittelbelehrung

Innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Zustellung des Bescheides kann der Berechtigte gerichtliche Entscheidung beantragen. Der Antrag kann insbesondere darauf gestützt werden, daß in dem Bescheid die Aufteilung des Geldbetrages gemäß § 32 Abs. 2 bis 4 und Abs. 6 Satz 1 unzutreffend vorgenommen oder, falls vor Inkrafttreten dieses Gesetzes eine gerichtliche Entscheidung rechtskräftig oder eine gütliche Einigung rechtsgültig geworden ist (§ 14 Abs. 1), die Höhe des geschuldeten Geldbetrages im Bescheid unzutreffend festgesetzt worden ist. Wohnet der Berechtigte im Ausland, so tritt an die Stelle der Frist von drei Monaten eine Frist von sechs Monaten.

Der Antrag ist an die Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Berlin zu richten.

Auf das Verfahren finden die Rechtsvorschriften zur Rückerstattung feststellbarer Vermögensgegenstände (§ 11 Nr. 1) Anwendung. Ein Anwaltszwang besteht nicht.

Im Auftrag

Dr. Poschke

Der Senator für Finanzen

Sondervermögens- und Bauverwaltung

Gesch.-Z.: Fin III SVer. - 05608

Berlin - Charlottenburg,

Fasanenstraße 87

Akten-Z.: - 23 680 -

Interner

**Bescheid**

Auf Grund der §§ 38, 39 des Bundesgesetzes zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reiches und gleichgestellter Rechtssträger (Bundesrückerstattungsgesetz - BRÜG) vom 19. 7. 1957 (BGBl. S. 734) erteilt die Sondervermögens- und Bauverwaltung, Berlin,

den Berechtigten:

Herrn Martin Fabian

22. North Villas, London N. W. 1 / England, Flat 1

als Rechtsnachfolger nach:

Frau Margarete Fabian

Bevollmächtigter:

Herr Rechtsanwalt Dr. R. Munster

Düsseldorf, Schiller Str. 34

folgenden int. Bescheid:

I. Dem Bescheid liegen die nachstehenden Rechtstitel zugrunde:

Beschluß der Wiedergutmachungskammer von Berlin

vom 12. 6. 1961 - 61 WGA 1818-1819/59 - Guthaben: *Wertpapiere*

II. Aus den in Ziff. I aufgeführten Rechtstiteln steht dem Berechtigten nach Maßgabe der §§ 14 bis 26 BRÜG folgender Anspruch zu:

DM 169,12

Der Anspruch vermindert sich gemäß § 23 BRÜG

um DM **entfällt**

Der hiernach insgesamt geschuldete Geldbetrag wird

auf DM **169,12**

(i. W.: DM **Hundertneunundsechzig 12/100** )  
festgestellt.



ABSCHEIFT

Wiedergutmachungsämter  
von Berlin

Berlin SW 61, den 12. Juni 1961  
Alte Jakobstraße 148-155  
Tel.: 61 0341 - App.

Akt. Z.: 61 WA.1818 - 1819/59

Reg.Nr.: G/7121/F

2

## B e s c h l u ß

In ~~dem~~ Rückerstattungsverfahren

des Martin Fabian,  
London NW 1 (England), 22, North Villas, Flat 1.

Antragsteller g.

Verfahrensbevollmächtigter:

Sechsbauhalt Dr. A. Munnster, 356-360, Gray's Inn Road,  
London W.C.1 und Düsseldorf, Schiller Str. 34.

g e g e n

das Deutsche Reich,  
vertreten durch den Bundesminister der Finanzen, Bonn,  
dieser vertreten durch den Senator für Finanzen,  
Sondervermögens- und Bauverwaltung, - Fin III  
Berlin-Charlottenburg 2, Fasanenstraße 87, S. Von

S. Ver. IV C 3- 0 1489-

Antragsgegner,

hat das Wiedergutmachungsamt 61  
durch den Richter Drygalla  
beschlossen:

1. Die Verfahren 61 WGA. 1918 und 1819/59 werden zur gemeinsamen Entscheidung miteinander verbunden.
2. Der Antragsteller wird verurteilt an den Antragsteller RM 100,12 (1.000.000 Reichsmark 12/100 Deutsche Mark) nach Maßgabe des Bundesrückergattungsgesetzes zu zahlen.
3. Das Verfahren ist gebührenfrei.  
Eine Erstattung außergerichtlicher Kosten findet nicht statt.

## Gründe



Der Antragsteller sucht mit einem am 14. Juli 1958 bei dem Haupttreuhänder für Wucherstattungsvermögen in Berlin eingereichten Antrage die Erbe nach seiner Schwester Margarete Fabian Wucherstattungsvermögen geltend. Er begehrt Wertersatz für ein der Geschädigten entzogenes Konto bei der Dresdner Bank über 675.- RM und wegen eines Schadens durch Zwangstausch von Wertpapieren, RM 100.- Aktien. Elektr. Ges. Akt., die zum Konto der Geschädigten gehörten.

Die Geschädigte war im Verfolgungszeitraum angesetzt in Berlin-Charlottenburg, Sonnenstr. 4 wohnhaft. Sie wurde am 1.3.1943 nach dem Gutes ungeschiedelt und ihr Vermögen auf Grund der 11. VO. zum RSG. vom 25. 11. 1941 für dem Reich verfallen erklärt (Bl. 3 der OVP - Akten 6 5205 - 55/55129).

Nach den Feststellungen des Antragstellers bei dem Landesfinanzamt Berlin ist der Betrag von 675.- RM an die Oberfinanzkasse Berlin - Brandenburg überwiesen und dort am 21.3. 1944 vereinnahmt worden. Der Antragsteller hat unter Berücksichtigung der Umstellung im Verhältnis 10 : 1 und einer Zinsauschule in Höhe von 25% seine Kreiszahlungen in Beträge von 84.38 RM an - erkannt.

Hinsichtlich der Wertpapiere er ist sich aus einem Schreiben der Dresdner Bank vom 15. Februar 1953 (Bl. 10 d. 1.41 1818/59), daß diese an die Preussische Staatsbank (Rechnung) übertragen worden sind. Dafür sind RM 100.- 3 1/2% Reichsschatzanweisungen v. 1942 auf das Konto der Geschädigten übertragen worden, die noch zu Buche stehen. Unter Berücksichtigung des Tageskurses v. 1. 4. 1956 mit RM 57.04 für RM 100.- RM - Aktien, der Verrechnung des Gegenwertes der Reichsschatzanweisungen und einer Zinsauschule von 10% hat der Antragsteller sich zur Schadenersatzleistung in Höhe von 84.74 RM bereit erklärt.

Ein Wertersatz für eingezogenen Restlohn von der Firma Oerum über 46.82 RM, an die Oberfinanzkasse überwiesen und am 20.11. 1943 vereinnahmt, kommt jedoch nicht in Betracht. Die Beteiligten sind mit Verfügung vom 15.3.1961 darauf hingewiesen worden, daß ein solcher Anspruch in keinem der beiden Verfahren erhoben worden ist.

Der Antragsteller ist mit den Ersatzleistungen in der aus der Beschlußformel ersichtlichen Höhe einverstanden. Den übereinstimmenden Anträgen ist zu entsprechen.

Das Befriedigungsverfahren richtet sich nach den §§ 31 ff. BRUG.

Die Kostenentscheidung beruht auf Art. 65 BRUG.

Gegen diese Entscheidung kann jeder Beteiligte binnen eines Monats, bei Wohnsitz in Ausland binnen dreier Monate, die Entscheidung der Wiederrufungsbehörde durch Einspruch bei dem Wiederrufungsamt anrufen. Die Frist beginnt mit der Zustellung dieser Entscheidung.

gez. Dr. y e a l l e

Die Übereinstimmung vorstehender Abschrift mit der Urschrift wird hiermit beglaubigt:



1961

*(W. Illner)*

Abschrift

38

ENTSCHADIGUNGSAMT BERLIN

Berlin W 30, 20.10.61  
Potsdamer Str. 192

II A 1f - Reg. Nr. 345 839  
347 818  
348 249 -

---

An die  
Sondervermögens- u. Bauverwaltung  
beim Landesfinanzamt Berlin  
- V 42 - O 5608 -

---

Betr.: RE-Verfahren Martin Fabian ./.. Dt. Reich  
Geschädigte: Margarete Fabian

Vorg.: Interner Bescheidentwurf vom 19.9.1961 -28 680 -

Es wird mitgeteilt, daß wir bezüglich nachfolgender Entschädigungsverfahren, die der Berechtigte hier zur Anmeldung gebracht hat, keine Einwendungen gegen die Erteilung eines Bescheides in der Fassung des uns zugeleiteten Entwurfs erheben:

- 1) nach Margarete Fabian -Reg.Nr. 345 839-
- 2) nach Bruno Fabian -Reg.Nr. 347 818-
- 3) nach Gertrud Fabian -Reg.Nr. 348 249- .

Ein Antrag des Berechtigten aus eigenem Recht liegt uns nicht vor. Wie jedoch aus einer Mitteilung der Bundeszentralkartei für Verfolgte vom 8.8.1958, die unseren Akten beigeheftet ist, hervorgeht, werden von dem Berechtigten noch Ansprüche

- a) in Köln unter der Reg. Nr. 421 548,
- b) in Hamburg unter der Reg. Nr. 29 681

verfolgt.

Wir empfehlen daher, Ihre Anfrage auch diesen Dienststellen zuzuleiten.

Im Auftrage  
gez. Pomsel

Oberfinanzdirektion Hamburg

Hamburg 13, den

21. Dez

39  
1961

O 5608 - FI - BV 24/241

Reg. Nr.: 4699

V f g.

1. BV 4112: Ins Register eintragen und Karteikarte fertigen.

2. Kanzlei: Fertige von dem anliegenden Bescheid  
1 Reinschriften und 5 Durchschriften.

3. Mitteilung an die Entschädigungsbehörde: Hamburg ✓  
Az.: Wg. C/0589-67 (29081) / Bezug: Mr. Schreiber vom 17.5.1958  
geboren am: 1.5.1884 - Martin ✓  
Industriant - Kargarsch ✓ Köln 9/Rh. ✓  
Az.: 421548 ✓

unter Beifügung eines Entwurfs des Bescheides. ✓

4. Kontrollmitteilung an das Finanzamt: ✓

5. BV 4112: Zur Eintragung.

6. WV: 7 Wochen.

Im Auftrag

7. Bs Mitteilung Mündelw. d. Indes  
an Landverw.- u. Bauverwaltung  
z. H. K.

und 13/2.624

(Gärner)  
Reg. Rat

So 4/12.  
61.



- O 5608 - Fi - BV 24/241

Reg.Nr. 4699

V f B.

Ergänzungs - B e s c h e i d

Auf Grund der §§ 38, 39 des Bundesgesetzes zur Regelung der rück-  
erstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reichs  
und gleichgestellter Rechtsträger (Bundesrückerstattungsgesetz -  
BRÜG -) vom 19.7.1957 (Bundesgesetzblatt I, S. 734) erteilt die  
Oberfinanzdirektion Hamburg dem Berechtigten

Herrn Martin Fabian ✓

22. North Villas, Flat 1, London N.W. 1. ✓

zugleich

als Rechtsnachfolger nach

Margarete Fabian ✓

früher wohnhaft in Hamburg ✓

Bevollmächtigter:

Rechtsanwalt Dr. R. Münster

Günzelsdorf, Schiller Str. 34 ✓

Bl. 12 - BA

im Ausblick aus dem Bescheid vom 2. 6. 1958 - Reg. Nr. 508 - ✓

weiteren  
folgenden Bescheid:



III.

Dem Bescheid liegen die nachstehend aufgeführten Rechtstitel zugrunde:

Bl. 37-BA

Berechnung der Niedergütlichkeitsrenten von Berlin vom  
12. 6. 1961 - bz. 61. 1090. 1818 - 1819/59 - ✓

II.

Aus dem in Ziffer I aufgeführten Rechtstitel steht dem  
Berechtigten nach Massgabe der §§ 14 bis 26 BRUG folgender  
Anspruch zu:

= DM. 169, 12 ✓  
zu I, 1) ..... DM  
zu I, 2) ..... DM  
zu I, 3) ..... DM  
zu I, 4) ..... DM

Bl. 12/13  
BA

Unter Zugrechnung der im Bescheid vom 2. 6. 1958 zurückgewiesenen Beiträge von DM.  
Der ~~insgesamt~~ insgesamt geschuldete Geldbetrag wird auf

DM 17.595, 50 ✓

( in Worten: siebzehntausend fünfhundert fünf und fünfzig 80/100

Deutsche Mark ) ✓

festgestellt.

Bl. 22-BA

-3-

III.

in Höhe von DM. 17.426,38

Der in Ziffer II festgestellte Betrag ist ~~alsbald nach Zustellung des Bescheides auszusahlen.~~ *bereits eingezahlt.*

~~Von dem zu Ziffer II festgestellten Betrag sind nach § 32 Abs. 2 und 3 BRÜG zunächst zu zahlen.~~ *Ein weiterer Betrag von* DM 169,12

~~ist alsbald nach Zustellung des Bescheides einzuzahlen.~~

~~Der verbleibende Restbetrag von . . . . . DM ist grundsätzlich bis zum Ende des Rechnungsjahres 1961 zu zahlen.~~

~~Im Falle des § 32 Abs. 5 BRÜG vermindert sich der Restbetrag auf einen nach dieser Vorschrift zu ermittelnden Hundertsatz.~~

IV.

Der zu Ziffer II festgestellte Geldbetrag ist im Rahmen des § 34 BRÜG unter Zugrundelegung eines Zinssatzes von 4 vom Hundert vom 1.4.1956 ab zu verzinsen. Die im Rahmen des § 34 BRÜG etwa zu erfüllenden Zinsansprüche werden bis zum 31.12.1962 befriedigt.

V.

Auf die nach Ziffer III und IV jeweils zuerst zu leistenden Zahlungen werden gemäß § 36 BRÜG die folgenden Darlehen angerechnet:

VI.

Die nach Ziffer III und IV jeweils zuerst zu leistenden Zahlungen werden, soweit eine Anrechnung nach Ziffer V nicht erfolgt, bis zur Höhe von DM                      gemäß § 37 BRÜG an das Land bewirkt.

VII.

Von dem unter Berücksichtigung der Ziffer V und VI verbleibenden Betrag sind die nach Ziffer III und IV jeweils zuerst zu leistenden Zahlungen bis zur Höhe von DM                      an d                      Berechtigte(n) zu bewirken.

VIII.

Stehen den Berechtigten neben den in Ziffer II aufgeführten Ansprüchen weitere rückerstattungsrechtliche Geldansprüche gegen die in § 1 BRÜG genannten Rechtsträger zu, so gilt dieser Bescheid als Teil - Bescheid.

~~Da die Ermittlungen der Oberfinanzdirektion wegen der übrigen Ansprüche, die dem Berechtigten zustehen, noch nicht abgeschlossen sind (§ 40 BRÜG), ist ein vorläufiger Bescheid zu erteilen.~~

G r ü n d e :

IX - 4 -

43

pp.

Der in Ziffer IX genannte Anspruch auf Verzinsung des Gesamtbetrages ab 1.4.1956 ergibt sich aus § 34 BRÜG. Danach sind die festgestellten Ansprüche ab 1.4.1956 zu verzinsen, sofern der nach voller Befriedigung a l l e r festgestellten Rückerstattungsansprüche verbleibende Rest des in § 31 BRÜG genannten Gesamtbetrages von 1,5 Mrd. Deutsche Mark noch nicht erschöpft ist. Falls der Restbetrag zu einer vollen Befriedigung der Zinsansprüche nicht ausreicht, verringert sich dieser Anspruch auf einen noch zu errechnenden Hundertsatz.

X

Rechtsmittel: *Erweitert ihm der unter Ziffer I genannte Rechtsmittel zugewiesene Recht,*  
Gegen diesen Bescheid kann - können ~~die~~ Berechtigten ~~(n)~~ zu  
~~innerhalb einer Frist von drei Monaten, der Berechtigte(n) zu~~  
innerhalb einer Frist von sechs Monaten, beginnend mit dem  
Tage der Zustellung dieses Bescheides, gerichtliche Entschei-  
dung bei der Wiedergutmachungskammer des Landgerichts ~~Hamburg~~ *Berlin*  
beantragen.

~~Eine Rechtsmittelbelehrung entfällt, da der vorläufige Bescheid~~  
~~selbständig nicht anfechtbar ist.~~

~~Da Berechtigten wird ein endgültiger Bescheid erteilt werden,~~  
~~sobald die Ermittlungen gemäß § 40 BRÜG für die weiteren in~~  
~~anerkannten Ansprüche abgeschlossen sind.~~

Festgestellt:

Nachgerechnet:

Im Auftrag

*Jensen*  
VA-VG-DAT Gt.

*(Jansen)*  
21.12.61  
Reg. Rat.





Oberfinanzdirektion Hamburg  
O 5608 - F 1 - BV 24/241 ✓

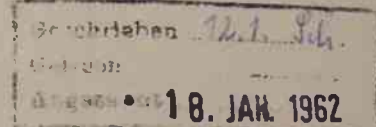
Reg.Mr.: 4699 ✓

Vfg.

44

Hamburg 13, den 18. Januar 1962  
Harvestehuder Weg 14  
Büro: Magdalenenstr. 64 a+b  
Tel. 44 12 91 / App. 25

- 1.) Herrn  
Regierungspräsidenten in Köln  
Köln a/kh.  
Zeughausstr. 4-8 ✓



Ihr Az.: 421 548 ✓

Anlg.: -1-

In der Rückerstattungssache

Martin F a b i a n ✓  
geb. 1.5.1889 ✓

nach Margarete F a b i a n ✓  
Geburtsdatum unbekannt ✓

Übersende ich Ihnen unter Hinweis auf die Besprechung der Referenten der obersten Landesentschädigungsbehörden vom 4. bis 6. Juni 1957 den Entwurf des von mir zu erlassenden Bescheides.

Ich bitte Sie, sich binnen 6 Wochen darüber zu erklären, ob auf Grund bereits ergangener entschädigungsrechtlicher Entscheidungen Forderungen auf ein Land übergegangen sind.

Falls Sie binnen 6 Wochen keine Einwendungen erheben, werde ich den im Bescheid vorgesehenen Betrag an den Berechtigten auszahlen.

- 2.) WV.: 7 Wochen

Im Auftrag

*10.3.1962 (5.2.52)*  
*W. 31/1.62*  
(Gürner)  
Regierungsrat

Oberfinanzdirektion Hamburg

O 5608 - F 1 - BV 24/241

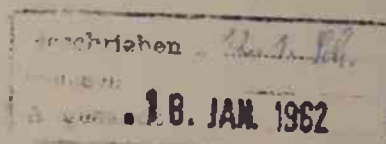
Reg.Nr.: 4699

45

Hamburg 13, den 18. Januar 1962  
Harvestehuder Weg 14  
Büro: Magdalenenstr. 64 a+b  
Tel. 44 12 91 / App. 25

Vfg.

1.) An die  
Freie und Hansestadt Hamburg  
Sozialbehörde - Amt für Wiedergutmachung -  
H a m b u r g 36  
Drehbahn 54



Bezug: Ihr Schreiben vom 17.5.1958 ✓

Az. Wg 010589 - 6 - (29681) ✓

Anlg.: -1-

In der Rückerstattungssache

Herrn Martin F a b i a n ✓  
geb. am: 1.5.1889 ✓

nach Margarete F a b i a n ✓  
Geburtsdatum unbekannt ✓

Übersende ich Ihnen unter Hinweis auf die Besprechung der Referenten der obersten Landesentschädigungsbehörden vom 4. bis 6. Juni 1957 den Entwurf des von mir zu erlassenden Bescheides.

Ich bitte Sie, sich binnen 6 Wochen darüber zu erklären, ob auf Grund bereits ergangener entschädigungsrechtlicher Entscheidungen Forderungen auf ein Land übergegangen sind.

Falls Sie binnen 6 Wochen keine Einwendungen erheben, werde ich den im Bescheid vorgesehenen Betrag an ~~den~~ Berechtigte auszahlen.

2.) WV.: 7 Wochen

*10.3.1962.*

Im Auftrag

(G ä r n e r)  
Regierungsrat

*Handwritten signature and date: 10.6.62.*

Dr. R. MUNSTER  
Rechtsanwalt

Düsseldorf,  
Schiller Str. 34  
Tel. 68 68 71

Bei Beantwortung  
bitte angeben:

Dr.M/GR  
Fabian  
1042 g I)

An die  
Oberfinanzdirektion

HAMBURG 13

London, W.C.1

356-360, Gray's Inn Road  
Tel. TERminus 44 54  
75 22

Antwort nach: London

10. November 1961

Betr.: Erfüllungsverfahren Martin F a b i a n.

Aktz.: O 1488 -F 1 -BV 42-423 Reg.Nr. 508.

Ein kleiner RE-Anspruch betr. die verstorbene Schwester des Vorgenannten, Fräulein Margarete FABIAN, ist Ihnen von der Sondervermögens- und Bauverwaltung beim Landesfinanzamt Berlin (deren Aktenzeichen: V 42 O 5608 - Erf. Nr. 28 680 ) kürzlich zugeleitet worden, da Sie die früheren RE-Ansprüche des Herrn Fabian entschieden.

Da es sich um einen geringfügigen Anspruch handelt, bitte ich, denselben kurzerhand zu erledigen, damit nicht noch weiterer Schriftwechsel erforderlich ist.

Rechtsanwalt

*Joh. B. G.*

*St. 14. 11. 62*

OF2  
C 5608 - Fa - BV 24/24

177  
Hamburg, den 19. Januar 1962

49

47

Dr. R. MUNSTER  
Rechtsanwalt

Düsseldorf,  
Schiller Str. 34  
Tel. 68 68 71

Bei Beantwortung  
bitte angeben:

Dr. M/GR  
Fabian  
1042gI)

An die  
Oberfinanzdirektion

H a m b u r g 13

Az.  
Eing. 11. DEZ. 1961  
Guthausch. 1 2524 1042gI

London, W.C.1  
356.360, Gray's Inn Road  
Tel. TERminus 44 54  
75 22

Antwort nach: London  
7. Dezember 1961

Betr.: Erfüllungsverfahren Martin Fabian.

Aktz.: O 1488 - F 1 - BV 42-423 Reg.Nr. 508.

Ich bitte höflichst um Erledigung meines Schreibens vom 10. November 1961 oder um Mitteilung, was der Erledigung entgegensteht.

V.

Rechtsanwalt

1.) Benötigt Mitteilungsprot.

2.) Z.O. Bf (nach Mitteilung an Ziviller.)

(fo 4/12.61



48

Dr. R. MUNSTER  
Rechtsanwalt

Düsseldorf,  
Schiller Str. 34  
Tel. 68 68 71

Bei Beantwortung  
bitte angeben:

D r. P/GR  
Fabian  
1042gI)

An die  
Oberfinanzdirektion

H a m b u r g 13



London, W.C.1  
356-360, Gray's Inn Road  
Tel. TERminus 44 54  
75 22

Antwort nach: London

2. Januar 1962

Betr.: Erfüllungsverfahren Martin F a b i a n.

Aktz.: O 1488 - F 1 - BV 42-423 Reg.Nr. 508.

Ich erlaube mir, nochmals an die Erledigung meines  
Schreibens vom 10. November 1961 zu erinnern oder um  
Mitteilung, was der Erledigung entgegensteht.

i.V.

*File - B4 -*

*St. 29/11. 62*

OFL

C 5608 - FI - BV 24/241

73

Hamburg, den 19. Januar 1962

49

a) An:

fern  
Rechtsanwalt  
Dr. R. Künster

Geschrieben	22. 1. 62/10
Gelassen	6
Abgegeben	22. JAN. 1962

/Ra

356-360, Gray's Inn Road  
London W C 1.

Betreff: Rückerstattungsantrag Martin Fabian

Bezug: Ihre Schreiben vom 10. Nov., 7. Dez. 1961 u. 2. Jan. 1962

Ag.: Dr. P/GR-Fabian - 1042 g I -

Sehr geehrter Herr v. Münster!

In der o. a. Rückerstattungsantrag habe ich den <sup>(bzw.)</sup> geforderten  
Ergänzungs-  
Bescheid den zuständigen Entscheidungsbörden in Hamburg  
und Köln zur Stellungnahme übersandt.

Als bald nach Eingang der Bestimmung wird Ihnen der  
Bescheid zugestellt werden.

Ich bitte Sie daher, sich noch <sup>his dahin</sup> ~~stets~~ zu gedulden.

Hochachtungsvoll  
Im Auftrag

2/206 - BA -

(Gärner)  
Reg. Rat

St. 19/1.62

22. JAN 1962

Durchschrift

Oberfinanzdirektion Hamburg

Hamburg 13, den 19. Jan. 1962

0 5608 - F 1 - BV 24/241 - R. MUNSTER

Rechtsanwalt

London, W.C.1 25

Büro: Magdalenenstr. 64 a

Herrn  
Rechtsanwalt  
Dr. R. Munster

356-360, Gray's Inn Road

London, W.C.1

Betr.: Rückerstattungssache Martin Fabian

Bezug: Ihre Schreiben vom 10. Nov., 7. Dez. 1961 und  
2. Jan. 1962

Az.: Dr. P/GR - Fabian - 1042gI -

Sehr geehrter Herr Dr. Munster!

In der o.a. Rückerstattungssache habe ich den bereits gefertigten  
Ergänzungs-Bescheid den zuständigen Entschädigungsbehörden  
in Hamburg und Köln zur Stellungnahme übersandt.

Als bald nach Eingang der Zustimmung wird Ihnen der Bescheid  
zugestellt werden.

*fußnoten beantwortet (Bl. 50).*  
Ich bitte Sie daher, sich noch bis dahin zu gedulden.

Hochachtungsvoll

Im Auftrag

( Gärner )  
Regierungsrat

Dr. R. MUNSTER  
Rechtsanwalt

Düsseldorf,  
Schiller Str. 34  
Tel. 68 68 71

Bei Beantwortung  
bitte angeben:

Dr. M/GR  
Fabian  
1042g I)

An die  
Oberfinanzdirektion

H a m b u r g

London, W.C.1  
356-360, Gray's Inn Road  
Tel. TERminus 44 54  
75 22

Antwort nach: London  
12. Januar 1962

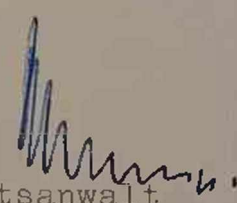


Betr.: Erfüllungsverfahren Martin Fabian.

Aktz.: O 1488 - F 1 - BV 42 423 Reg.Nr. 508.

24

In obiger Angelegenheit erlaube ich mir, ein drittes  
Mal an die Erledigung meines Schreibens vom 10. November  
1961 zu erinnern oder um Mitteilung, was der Erledigung  
entgegensteht.

  
Rechtsanwalt

*Fugisoden beantwortet (Bl. 50).*

*Job - Ba -*

*J. 24.1.62.*



Der Regierungspräsident

14-X/2 RU - 421548

Bei Antwortschreiben bitte angeben  
Regierungshauptkasse:  
Landeszentralbank Girokonto 3/161  
Postcheck-Konto Köln 10614  
Rhein. Girozentrale Köln, Konto 1965

Köln, den 24. JAN. 1982  
Zeughausstraße 4-8  
Fernruf 2671 - Nebenstelle:  
Fernschreiber 8/881 451

Sprechzeiten: dienstags und donnerstags  
von 8.30-12.30 Uhr  
Wiedergutmachungsdezernat  
nur dienstags von 8-17 Uhr.

Postanschrift: (22c) Köln 1 - Postschließfach 1448

An  
die Oberfinanzdirektion  
in Hamburg

26. JAN. 1982

30. Jan. 1982

24

Betr.: Rückerstattungsache Maximilian Fabian  
nach Mong. Fabian

Bezug: Zbl. Schl. v. 18.7.62  
- 05608 - F7 - BV 24/247 -

Ihr obiges Schreiben habe ich an  
die Sozialbehörde - Amt f. Wiedergutmachung  
in Hamburg  
zur zuständigen Erledigung abgegeben.

Auftrag:

ZuB. B9 -

St. 9/2. 62

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG  
SOZIALBEHÖRDE

53

AMT FÜR WIEDERGUTMACHUNG

Hamburg, den 30.1.1962  
Ne/Ne.

SPRECHZEIT NUR MONTAGS von 8-15 UHR

FERNSPRECHER: 34 10 16 } 1265  
BEHÖRDENNETZ: 23 } App.

Aktz.: Wg 0105 89 -6-  
(Bei Beantwortung bitte angeben)

*[Red stamp: Oberfinanzdirektion Hamburg, 1. FEB. 1962, with handwritten '24' and '5. Feb. 1962']*

An die  
Oberfinanzdirektion Hamburg  
H a m b u r g 13  
Harvestehuder Weg 14

Betr.: Rückerstattungssache Martin Fabian, geb. 1.5.1889  
nach Margarete Fabian.  
Bezug: Dort. Schrb. v. 18.1.1962 - Aktz. O 5608 - F 1 -  
BV 24/241 = Reg.Nr. 4699 -

Das obengenannte Schreiben ist hier eingegangen.  
Gegen die Auszahlung des in dem Ergänzungsbescheid vorge-  
sehenen Betrages werden von hier aus keine Einwendungen er-  
hoben.

Im Auftrage

*Neddermeyer*  
(Neddermeyer)  
Referentin

*Frl. Holzkamp*  
*zur Zustellung der Bescheide.*

*St. 2. 62*  
*nl. 13/2.62 L*

OFD Hamburg  
O 5608 - F 1 - BV 24/241 -

Postanschrift:  
13. Februar 62

Reg.Nr. 4699

Vfg.

/Le.

- 1) An die  
Sondervermögens- und Bauverwaltung  
beim Landesfinanzamt Berlin

Berlin - Charlottenburg 2

Fasanenstrasse 87, Zimmer 57

Betr.: Rückerstattungssache Martin Fabian

Basis: Ihr Schreiben vom 30.10.1961 -

Gesch.Zch.: Fin III V 42 (E) - O 5608 -

Az.: - 28 680 -

Anlage: - 1 -

In der o.a. Rückerstattungssache übersende ich Ihnen  
Anliegend Durchschrift des von mir erteilten Gesamtbescheides  
mit der Bitte um Kenntnisnahme.

- 2) ZdA. BA.

Im Auftrag

( Dr. Grassmann )  
Regierungsrat

Geschrieben 13.2.62 Le  
Gelesen  
Abgesandt 14. FEB. 1962

*Handwritten signature*

*PK 34 BA*

OFD Hamburg

O 5608 - F 1 - BV 24/241 -

Postanschrift:  
13. Februar 62

Reg.Nr. 4699

Vfg.

/Le.

- 1) Herrn  
Rechtsanwalt  
Dr. R. M u n s t e r  
D ü s s e l d o r f  
Schillerstrasse 34

Mit Postzustellungsurkunde!

Betr.: Rückerstattungssache Martin Fabian

Anlagen: Ergänzungsbescheid, 1 begl. Durchschrift

Anliegend übersende ich Ihnen einen Ergänzungsbescheid  
nach dem Bundesrückerstattungsgesetz mit einer beglaubigten Durch-  
schrift, die für Ihre Akten bestimmt ist.

Der danach noch auszahlende Betrag in Höhe von DM 169,12  
wird baldmöglichst überwiesen werden, sobald die Aufgabe eines  
Ausländer-DM-Kontos des Berechtigten erfolgt ist.

- 2) BV 11 m.d. Bitte, den Orig.  
Bescheid zu siegeln

- 3) Absendung

- 4) ZdA. BA.

Im Auftrag

( Dr. Grassmann )  
Regierungsrat

Geschrieben 13.2.62 Le  
Gelesen  
Abgesandt 14. FEB. 1962

*Handwritten signature*

*Handwritten signature*



Kunde  
Hamburg  
3 14 14

58

Dr. R. MUNSTER  
Rechtsanwalt

Düsseldorf,  
Schiller Str. 34  
Tel. 68 48 71

An die Oberfinanzdirektion  
Hamburg,  
Harvestehuder Weg 14,  
H a m b u r g 13 .

London, W.C.1  
356-360, Gray's Inn Road  
Tel. TERminus 44 54  
75 22

Bei Beantwortung  
bitte angeben:

Dr.M/MF.  
Fabian  
1042 g I

Antwort nach: London

26. Februar 1962

O 5608 - F 1 - BV 24/241 -  
Reg.Nr. 4699

5. MRZ. 1962  
6. März 1962  
24

Betr.: Rueckerstattungssache Martin Fabian.

Auf das dortige Schreiben vom 13.2.1962 gebe ich als Konto  
an:  
das Auslaender DM Konto Martin Fabian  
bei dem Bankhaus, welches ich in einem Nachsatz  
unten angebe.

Hochachtungsvoll

Rechtsanwalt

Ausländer-DM-Konto Martin Fabian,  
bei dem Bankhaus Heinrich Kirchholtes  
& Co. Frankfurt/Main, Neue Mainzerstr. 4-6

nl. 6/3.62 L

- an der Tür/der Wohnung des Empfängers be-  
befestigt worden —,  
- einer in der Nachbarschaft des Empfängers woh-  
nenden Person zur Weitergabe an den Empfänger  
ausgehändigt worden.  
Die Abgabe in der bei gewöhnlichen Briefen üb-  
lichen Weise war nicht tunlich.

Weise nicht tunlich war —,  
- an der Tür der Wohnung des Empfängers befestigt wor-  
den —,  
- einer in der Nachbarschaft des Empfängers wohnenden Per-  
son zur Weitergabe an den Empfänger ausgehändigt worden.  
Die Abgabe in der bei gewöhnlichen Briefen üblichen Weise  
war nicht tunlich.

Den Tag der Zustellung habe ich auf dem zugestellten Brief vermerkt.



*Entwurf d. Aktien*  
Oberfinanzdirektion Hamburg  
O 5608 - F 1 - BV 24/241 -

Reg.Nr. 4699

Hül

Ausg. BV Verw.

Nr.

Ausfertigung für 6004-350

Vermögensbuchhaltung

Werteverwaltung

1. Anordnungsbegründung: Auf Grund des von der Oberfinanzdirektion Hamburg im Anschluss an den Bescheid vom 2.6.1958 Reg.Nr. 508 erteilten Ergänzungsbeseides vom 13. Februar 1962 steht dem Berechtigten, Herrn Martin Fabian, ein Gesamtrückerstattungsanspruch in Höhe von DM 17.595,50 zu. Auf diesen Betrag sind die bereits ausgezahlten DM 17.426,38 anzurechnen, so dass noch DM 169,12 ausbezahlt sind.

### Auszahlungsanordnung für die Oberfinanzkasse Hamburg

Verb. Stelle: Kap. 6004 Tit. 350 Rj 19 62 (a)

Auszuzahlen sind 169,12 DM

(i. W.) Einhundertneunundsechzig 12/100 (DM)

Herrn Martin Fabian,

22. North Villas, Flat 1, London N.W.1,

Ausländer-DM-Konto Beim Bankhaus Heinrich Kirchholtes & Co.,  
Frankfurt a/Main, Neue Mainzerstrasse 4/6

### Buchungsanweisung für die Vermögensrechnung (§ 65 VBRO)

Rj

Buchungsstelle

Vermögensgr. 4313/09

Kto. Nr.

in das Vermögenssachbuch (Vermögenskartei) eingetragen.

Lfd. Nr.

Datum

Der Vermögensbuchhalter der Amtskasse für Bundesvermögen wird angewiesen, im Vermögenssachbuch Abschnitt für in RM festgestellte Rückerstattungsansprüche unter nebenstehender Buchungsstelle

DM

(i. W.) (DM)

als Abgang ohne haushaltsmäßige Zahlung zu buchen.

(Unterschrift)

### Auslieferungsanordnung

Wertkontobuch C

Wertkontobuch C

Wertkontobuch C

Die Amtskasse für Bundesvermögen wird angewiesen, den mit Annahmeanordnung

in Verwahrung genommenen Darlehensvertrag

v. / über DM (i. W.) (DM)

v. / über DM (i. W.) (DM)

v. / über DM (i. W.) (DM)

v. / über DM (i. W.) (DM)

Darlehensnehmer:

an BV

herauszugeben.

erhalten:

(Namen und Amtsbezeichnung)

Hamburg, den

Sachlich richtig und festgestellt

Zahlungsweg

DM

Pf.

Heft/Blatt-Nr.

Postscheck

I. Z B - Giro

(Datum)

Betrag erhalten  
Hamburg, den

(Unterschrift des Empfängers)

Hamburg, den

7 März 19 62

I. A.

(Gärner)  
Regierungsrat

6. 3. 62  
(Sackoll)  
VA.Gr.Vb BAT.  
(Amtsbezeichnung)

2/10 v. 11.2  
3/17 d. A.